

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 4.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsrate pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 17. Februar 1906.

Verlag:
K. Bohrer, Hannover, Burgstraße 9.
Verantwortlicher Redakteur:
August Breg, Hannover, Burgstraße 9, 1.
Druck von Dörnte & Söber, Hannover.

15. Jahrg.

Eine stolze Industrie — elende Arbeiterverhältnisse.

Zu den Industrien, in denen Deutschland auf dem Weltmarkt dominiert, gehört die chemische Industrie. Ja, in dieser Industrie hat Deutschland weitaus die führende Stellung. Die Entwicklung dieses Zweiges der Industrie ist zu einem guten Teile auf die wissenschaftliche Chemie, die ihrerseits wieder durch die Philosophie, durch das Eindringen in die Geheimnisse der Natur und ihre Kräfte, gefördert wurde, zurückzuführen. Die Nahrungsmittel-Chemie mit ihren verschiedenen epochalen Entdeckungen, die industrielle Chemie, die in der Farberzeugung, in der Stahlbereitung, neuerdings auch im Schmelz- resp. Schweißverfahren umwälzende Neuerungen herbeiführte und gerade wie die landwirtschaftliche Chemie viele bisher als Abfälle und nutzlose Rückstände bewertete oder mißachtete industrielle Produkte, wie Thomasmehl, Kosteer etc., zu geschätzten Materialien machte, gaben den Anstoß zu einer chemischen Großindustrie in Deutschland, die unerreicht dasteht. Allerdings, die Chemie war nur die Vorbedingung zu der großartigen Entwicklung, die Grundlage für das industrielle Gebäude bilden noch andere Faktoren, nämlich: ein williges, billiges Arbeiterheer, eine gute Unternehmerorganisation und last not least, die deutsche Politik. Alle diese Momente wirkten zusammen, der chemischen Industrie nicht nur einen unbestrittenen, vorherrschenden Platz auf dem Weltmarkt zu verschaffen, sondern auch, dieser Industrie, im Vergleich mit anderen industriellen Gruppen, eine glänzende Rentabilität zu sichern. Wer so vorsichtig war, sich solche Eltern auszusuchen, zu deren Bestehen etliche der „führenden Papiere“ aus der chemischen Industrie gehören, der hat gut gewählt. Es stieg beispielsweise der Kurs der Aktien der Elberfelder Farbenfabriken seit zwei Jahren von 409 auf 520, die Aktien der Höpster Farbwerke notieren zurzeit (11. Februar) 394. Allerdings, die Arbeiter haben bei dem glänzenden Aufschwung keine Seide gesponnen. Verschiedentlich wurden bei ungesundester Arbeit geradezu erbärmliche Löhne gezahlt, dafür wissen die Gewerbeinspektoren und Krankenkassen über Krankenziffern bei Arbeitern und Arbeiterinnen in der chemischen Industrie zu berichten.

Welche Bedeutung die deutsche Industrie in verschiedenen Produkten auf dem Weltmarkt erlangte, das mag zunächst durch folgende Zusammenstellung illustriert sein. Es betrug Deutschlands

	Einfuhr	Ausfuhr
	1904	1904
	in Tonnen	in Tonnen
Wolloll	61	24 968
Algarin	47	9 089
Alkaloide	48	132
Anilin und sonstige Teerfarben	1461	30 831
Anilin- und -Salze	2099	16 756

In den angegebenen Produkten belief sich die Einfuhr insgesamt auf 3816 Tonnen, die Ausfuhr auf 81 771 Tonnen im Werte von rund 1 42 Millionen Mark.

Eigentlich noch stolzere Zahlen als die Handelsstatistik ergeben die Berechnungen der finanziellen Ergebnisse der chemischen Industrie. Nach Wogon — Entwicklung der deutschen Aktiengesellschaften — ergeben sich bei Zusammenfassung der Industrien in verschiedene Gruppen folgende Durchschnittsdividenden (in Prozent):

	1880	1885	1890	1895	1900
Berg- und Hüttenw.-G.	3,05	3,61	13,82	6,27	14,62
Eisenindustrie-W.-G.	2,95	3,63	7,17	4,31	10,97
Baumaterialien-W.-G.	3,08	6,37	8,70	7,88	9,21
Metallindustrie-W.-G.	1,97	7,05	8,48	10,55	7,40
Maschinen-W.-G.	2,31	6,80	9,08	8,48	10,96
Textilindustrie-W.-G.	2,44	5,00	5,04	7,41	2,65
Spinnerei u. Weberei-W.-G.	4,57	5,51	6,54	8,09	6,34
Elektrizität-W.-G.	—	5,38	8,09	9,16	8,34
Golzindustrie-W.-G.	2,19	4,49	6,50	6,00	4,45
Chemische Industrie-W.-G.	5,67	5,05	13,04	11,48	11,14

Wie die Tabelle lehrt, ringt die chemische Industrie mit der unbestrittenen Märchengewinne abwerfenden Berg- und Hüttenindustrie bezüglich der Dividendenhöhe um die Palme. Nach 1900 gab es eine kleine Abflauung, seit 1904 ziehen die Dividenden aber wieder allgemein kräftig an, besonders auch für die Unternehmer in der chemischen Industrie. Die glänzende Lage der chemischen Industrie wird greifbar deutlich belegt durch folgende Zusammenstellung. Bei den nachstehenden Gesellschaften betrug die Dividende:

Aktien-Gesellschaft	für das letzte Geschäftsjahr	im Durchschnitt nach d. Ergebnis der letzten 10 Jahre
	in Proz.	in Proz.
Chemische Fabrik Budau	8	5,0
Ascania, Leopoldshall	8	7,9
Dönnings	9	10,2
Chem. Fabr. Grönan	10	11,2
„ „ Griesheim	12	12,5
„ „ Oranienburg	12	11,8
„ „ Weiler-Verdingen	8	12,2
„ „ Müller Co. Posen	14	12,0
„ „ Albert, Biebrich	18	12,0
Adin-Rothwetter Pulverfabrik	16	13,4
Höpster Farbwerke	20	22,6
Anilin-Fabrik, Berlin	22	15,8
Elberfelder Farbwerke	30	21,7

Das sind geradezu glänzende, märchenhafte Gewinne. Ein nach vielen Millionen zu bewertender Goldstrom ergoß sich in die Taschen der Chemiker, die das Verfahren kennen, aus Arbeitskraft — anderer, aus Arbeiterschweiß Mehrwert, Rekordgewinne, riesenbildenden herauszudestillieren. 59 Gesellschaften im Preußen mit einem Aktienkapital von 171,42 Mill. Mark erzielten im Jahre 1904 einen als Dividende ausgerechneten Reingewinn von 22,45 Millionen Mark gleich 13,3 Prozent, und 36 großindustrielle Anlagen mit einem Aktienkapital von 10,84 Millionen Mark durften sich gar einer durchschnittlichen Dividende von 15,7 Prozent erfreuen. Für 1905 ist die Durchschnittsdividende noch um 1 bis 1 1/2 Prozent höher.

Die chemische Industrie nimmt mit ihrer Dividendenziffer eine glänzende, hervorragende Stellung ein. Leider läßt sich aber in Beziehung auf die gezahlten Löhne dasselbe Eigenschaftswort nicht anwenden. Wenn wir im allgemeinen die Löhne als schlecht bezeichnen, dann darf für einzelne Gruppen unbedenklich der Superlativ angewendet werden. Nach den Berechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaft wurden folgende Jahresdurchschnittslöhne erzielt: 1902 rund 990 M. l. und 1904 rund 1032 Mark. Das sind die „gerechten“ Löhne für eine für die Unternehmer sehr lukrative Arbeit. Wie schon bemerkt, die Mehrwert-Chemiker schlucken teilweise höhere Dividenden, als die Kohlen- und Eisenkönige, aber die Arbeiter der chemischen Industrie bleiben um 300 bis 400 Mark mit ihren Löhnen hinter denen der Berg- und Hüttenarbeiter zurück.

Will man den Wert der Löhne erfassen, dann dürfen die Verhältnisse, unter denen sie erzielt werden, nicht unberücksichtigt bleiben. Hören wir, was die Gewerbeinspektoren darüber zu sagen wissen. Der Beamte von Breslau sagt im Bericht pro 1904:

„In beiden Bleifabriken wurden im Berichtsjahre 3 959 Arbeiter in 2115 Schichten beschäftigt. Durchschnittlich entfallen demnach auf 1 Arbeiter 5,3 Schichten im Jahre, also noch nicht ganz 6 Schichten ununterbrochener Arbeitsdauer. Die Arbeiter werden bei jeder Krankheit sofort entlassen . . .“

Diese paar Zeilen sprechen Bände, sie lassen erschauernd eine furchterliche Qual, entsetzliche Zustände, bedauernswerte Sklavenskonen ahnen. Nicht einmal 6 Tage ununterbrochene Arbeit war unter den unheimlich gefährlichen Einwirkungen der Arbeit in den Fabriken möglich. Man weiß sich zu helfen! Sobald ein Arbeiter erkrankt, fliegt er hinaus, wird er wieder gesund, darf er wieder hinein in die Gifthöhle, sonst: — — mögen sie betteln geh'n, wenn sie hungrig sind! Bei dieser schauerlichen, Gesundheit zerstörenden, Leben zerschendenden Arbeit werden keine Reichtümer gesammelt, nur des Lebens dringendste Notdurft kann befriedigt werden.

Der Aufsichtsbeamte im Regierungsbezirk Hildesheim berichtet folgendes:

„In drei Bleiweißfabriken des Aufsichtsbezirks waren in 1904 7 Schichten 366, im täglichen Durchschnitt 63 Arbeiter beschäftigt, und zwar 30 ständig, 247 aufständig und 89 in regelmäßigen Zwischenräumen . . .“

Immer wiederkehrend vernimmt man die — Klage, daß Arbeiter entlassen werden mußten, weil sie in kurzen Zwischenräumen stets an einer durch giftige Einwirkungen hervorgerufenen Krankheit litten. Den armen Geschöpfen, die davon betroffen werden, täte es gewiß bitter not, als Unfallverleszte behandelt zu werden, aber soweit sind wir im Staate der „besten Sozialpolitik“ und der gefüllten — Giftkesseln noch

nicht. Sehr schonend werden dafür die Unternehmer behandelt, welche den Armen gestiftetlich Gifte zu schlucken geben. Brauenerregend sind die Schilderungen über die Zerstörungen, die die Phosphorreaktion im menschlichen Organismus hervorruft. Es gibt aber immer noch Unternehmer, welche entgegen den gesetzlichen Bestimmungen giftiges Material verarbeiten lassen. Und solche Verbrecher wider Phosphor-Gesundheit und Leben werden noch gelinder bestraft wie Duellanten, die immerhin doch nur gegenseitig sich selbst abmurksen und zur Ader lassen. Der Beamte von Simeburg und Stade sieht sich genötigt, das — Schandmal der Arbeiter-„Fürsorge“ durch folgende Tatsachen zu verschönern:

„Der Inhaber einer neu eingerichteten Fabrik für schwedische Zündhölzer, dem bei Erteilung der Genehmigung für die Anlage die fernere Herstellung von Weißphosphorhölzern ausdrücklich verboten worden war, wurde dennoch dabei betroffen, wie er Zündhölzer der letzteren Art anfertigen ließ. Er wurde zur Anzeige gebracht und gerichtlich mit — 30 M. Geldstrafe belegt.“

Bei solchen Strafen ist es ja geradezu eine Lust, die Gesetze zu übertreten. Die paar Märker tun dem dabei erzielten Gewinn ja keinen Abbruch. Das ist auch ein Beitrag zum Kapitel der „vollendetsten Rechtsgarantien in Deutschland“.

Der Düsselbacher Aufsichtsbeamte berichtet: „Ein wenig erfreuliches Ergebnis hatte eine vom Gewerbeinspektor zu Essen gemeinsam mit dem dortigen Kreisarzt unternommene Untersuchung der Arbeiter einer chemischen Fabrik, in deren einer Abteilung Natriumchromat mit einem Reduktionsmittel gemengt und zu Chromoxyd reduziert wird. Das Chromoxyd wird ausgelaugt und in einem Ofen gegläht, um dann zur Herstellung metallischen Chroms verarbeitet zu werden. Es hat sich gezeigt, daß nicht nur die mit dem Chromsalz unmittelbar in Berührung kommenden Arbeiter, sondern auch die Arbeiter am Chromoxyd-Ofen stark angegriffen, meist schon völlig durchlöchernte Nasenscheidewände hatten.“

Wir können mit den Zitate schließen, sie besagen genug, sie lassen keinen Zweifel darüber: es gibt keine schmerzlichere, keine ruinösere Arbeit, als die in chemischen Betrieben. Zahllos und mannigfaltig sind auch noch die Gefahren, die dem Arbeiter durch Explosionen oder andere mechanische Einwirkungen für Gesundheit und Leben drohen. Nach den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften entfielen in der chemischen Industrie, die jetzt ca. 175 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, auf je 1000 Beschäftigte:

	1893	1900	1902	1904
Entschädigungspflichtige Unfälle	1,09	8,31	7,61	7,98
Unfälle überhaupt	50,01	64,97	59,43	55,28

Während der Krise ging die Zahl der Unfälle um ein wenig zurück, es wurde nicht mehr so sehr mit maßlos langen Arbeitszeiten geschuftet, es kamen etwas „schlechtere Zeiten“, da ging's den Arbeitern nicht mehr so stark an Gesundheit und Leben.

Wir haben beide Seiten der Medaille kennen gelernt. Auf der einen Seite, für die Unternehmer bestimmt, glänzt und funkelt es, die Medaille zeigt prächtige, lebensfrohe Bilder von Reichtum, von stolzen, steigenden Gewinnen. Die Rehrseite spiegelt ein furchterliches Elend, Jammer und Not, Zerstörung und Vernichtung, trostlose, jammervolle Verhältnisse: die soziale Lage der Arbeiter!

Aber gerade die Bedingungen, die zu einem guten Teile die Macht, die glänzende Position der Unternehmer garantieren, können den Arbeiter davon abhalten, sich resigniert in sein Schicksal zu ergeben. Jene Bedingungen müssen ihn vielmehr zu der Erkenntnis bringen, daß Selbsthilfe durch die — Organisation ein hervorragendes Mittel ist, die eigene soziale Lage zu verbessern. Die Organisation ist es, die dem Unternehmertum als wirksame Waffe und Stütze zur Seite steht. Das Unternehmertum hat sich, den Wert des Zusammenschlusses erkennend, sogar eine zweifache Organisation geschaffen. Einmal als Unternehmer in den diversen Verbänden, die wiederum eine Zentrale im Bund der Industriellen und dem Zentralverband der Industriellen gefunden haben. Diese Organisationen haben die teils auf politischem, teils auf wirtschaftlichem Gebiete liegende Aufgabe, die Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter zu stärken; es sind aus dem Gefühl des Klassencharakters der

Gesellschaft, der Gegnerschaft gegen die Arbeiterinteressen geborenen Kampf-, Angriff- und Abwehr-Truppen. In der anderen Organisation vertreten die Unternehmer ihre Interessen als Produzenten, als Warenverkäufer, es sind die Kartelle, Ringe, Syndikate und wie die Zusammenschlüsse je nach der Technik der Organisation und der Zweckbestimmung sonst noch heißen mögen. Diese Organisationen haben die Aufgabe, den Konkurrenzkampf mit der Tendenz des Preisdruckes aufzuheben, damit jedem einzelnen Unternehmer einen gewissen Preis für seine Produkte und dadurch wieder einen sicheren Gewinn zu garantieren. Die Mittel und Wege zur Erreichung des Zieles sind mannigfacher Art. Manche davon hatten aber so offensichtlich allgemeine volkswirtschaftliche Schäden im Gefolge, forderten so scharf die Kritik heraus, daß die Regierung schließlich nicht mehr umhin konnte, wenigstens anscheinend einen Versuch zu machen, über das Wesen und die Wirkung der Kartelle Klarheit zu schaffen, um eventuell gegen Uebergriffe und Ausschüßlichkeiten mit der Gesetzgebung zu Felde zu ziehen. Infolge der diesbezüglichen Debatte im Reichstage kam es unter Vorbehalt eines Vertreters der Regierung zu sogenannten kontradiktischen Verhandlungen über die deutschen Kartelle.

Zu diesen waren Gutachter aus den Kreisen der Produzenten und der Abnehmer, ferner Parlamentarier und Rationalökonomien geladen. Ueber die Kartelle in der chemischen Industrie haben solche Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Die Regierung hat aber die Ergebnisse einer von ihr veranstalteten Umfrage betreffend alle deutschen Kartelle und Syndikate dem Reichstage vorgelegt. Darnach bestehen zurzeit in Deutschland ca. 400 solcher Organisationen. In der chemischen Industrie wurden 46 Kartelle gezählt. In der Deutlichkeit wird aber betont, daß speziell in der chemischen Industrie nicht alle Verbände aufgeföhrt werden konnten. Das erklärt sich zum Teil daraus, weil gerade in dieser Industrie für viele Produkte nur eine geringe Anzahl von Werken existiert, die leicht, ohne an die Öffentlichkeit zu treten, zu Organisationen zusammengeschlossen werden können und die, besonders wenn sie etwas zu verbergen haben, sich gern im schützenden Verborgenheit halten. Daß manches in den Verbänden das Recht der Öffentlichkeit scheut, ist schon daraus zu entnehmen, daß viele Verbände auf Anfragen der Regierung über bestimmte Punkte jede Auskunft verweigern oder die betreffenden Anfragen einfach unbeantwortet lassen.

Die Organisationen zeigen sehr verschiedene Formen. Bei manchen ist das Grundprinzip charakteristisch. Die Unternehmer spielen so gern den ehrlichen, unbeschränkten Herrn im Hause. Durch die Organisation begeben sie sich aber oft vollständig dieses Rechtes. Die Organisation fest die Menge der Produktion fest, ebenso die Preise, die Organisation übernimmt den Vertrieb der Erzeugnisse und verrechnet den einzelnen Unternehmern einen Anteil am Erlöse. Die Selbstständigkeit besteht in der Hauptsache nur noch darin, aus jedem Arbeiter eine möglichst große Menge Produkte herauszuschlagen.

So hat das Syndikat deutscher Sodafabriken ein gemeinschaftliches Verkaufsbureau eingerichtet. Dieses hat das ausschließliche Recht zum Abschluß der Verkäufe; die Aufträge werden den einzelnen Mitgliedern zur Ausführung überwiesen, welche dem Besteller auch direkt Rechnung über Lieferung erteilen und Zahlung dafür erhalten. Die Mitglieder sind an dem Gesamtverkauf nach Prozenten beteiligt. Das Verkaufsbureau ist verpflichtet, bei Ueberweisung der Aufträge diese Beteiligungsziffer möglichst einzuhalten. Die Statuten der Chlormagnesium-Konvention besagen über den Zweck der Organisation: Regelung der Produktion durch Balancierung dieser mit der Nachfrage. Die Produzenten haben einen festen Preis normiert. Fast sämtliche Schwefelsäurefabrikanten haben einer Firma den Verkauf aller Produkte überwiesen. Die erzielten Einnahmen werden nach einem ermittelten Durchschnittspreis verteilt.

So sind fast alle Verbände mehr oder minder stark als Organisation für gemeinschaftlichen Verkauf und zwecks Kontingentierung der Produktion eingerichtet. Aber über den nationalen Rahmen hinaus spannen die Unternehmer ihre Organisationsfäden. Der Weltkonvention z. B. sind deutsche, englische, französische und italienische Firmen angeschlossen.

Bei allen Maßnahmen der Kartelle gilt nur ein Prinzip: Beherrschung der Berufsinteressen, Steigerung des Gewinnes! Und struppellos geht man in Einrichtung solcher Einrichtungen, solche Kräfte gesetzt zu den allgemeinen üblichen Kampfmitteln der Kartelle: Boykott, Berufsverleumdung, Preisunterbietung, hohe, durch Hinterlegung eines Wechsels gebotene Strafen alles was angewendet, um nicht gestrige Bedrohungen und Forderungen willfährig zu machen. Durch die bisherigen Scherzungen ist man zu einem geringen Teile das Leben der Syndikate z. aufgedeckt, ohne gefahrbringende Kräfte man noch dieser Richtung auch wohl kann weiter kommen. Viele Verbände haben in ihren Statuten die Bestimmung, nach welcher den Mitgliedern auch nach Austritt aus dem Kartell die Geheimhaltung gewisser Vorgänge und Beziehungen unbedingt zur Pflicht gemacht wird. Und die Regierung hat bei ihrer Umfrage erfahren, daß man auch hier den Einblick längst nicht überall gestattet.

Der höchsten Organisation danken die Unternehmer nicht in letzter Linie ihre Erfolge, ihre Macht! Das

sollten sich die Arbeiter zur Notiz nehmen. Auch sie können die Verhältnisse sehr stark zu ihren Gunsten beeinflussen — aber dazu gehört eine umfassende, machtvolle Organisation. Die große, gewaltige Kraft, die zwischen dem Glanz der Arbeiter in der chemischen Industrie und dem Glanz und der Herrlichkeit der Lage des Unternehmertums kann erheblich verengert werden. Für die Arbeiterschaft sind bedeutend bessere Löhne, viel günstigere Arbeitsverhältnisse zu erlangen, wenn die Berufsgenossen sich in Masse der Organisation anschließen, aus Fatalisten, welche alles Geschehene, alle Verhältnisse als unabänderlich hinnehmen, zu willensstarken, zielbewußten Kämpfern, zu Gestaltern ihres eigenen Geschickes sich entwickeln.

Je schneller und gründlicher das geschieht, desto eher und sicherer blühen ihnen bessere Tage.

Die Lage der Zuckerindustrie-Arbeiter.

Nachdem wir die Verhältnisse der Kollegen auf Papierfabriken, Ziegeleien, chemischen und Zementfabriken nacheinander durch Darstellungen aufgeheilt haben, wollen wir uns heute mit der Aufgabe beschäftigen, einige Streiflichter auf die in Zuckerfabriken und Raffinerien beschäftigten Kollegen zu werfen. Wir benutzen zu unserer Darstellung die Berichte der deutschen Fabrikinspektoren. Die Zuckerfabriken haben lange Arbeitszeiten aufzuweisen und während der Arbeitszeit muß in äußerst angestrengter Weise gearbeitet werden.

Der Fabrikinspektor für den Regierungsbezirk Magdeburg berichtet, daß ihm ein Fall außergewöhnlich langer Arbeitszeit durch die Presse zur Kenntnis kam. In einer Zuckerraffinerie, in der im übrigen die 12stündigen Schichtschichten — einschließlich der Pausen — üblich sind, wurden die Arbeiter in der Knochenlohlenstation von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends beschäftigt. Auch während der Pausen war die Anwesenheit der Arbeiter in den Betriebsstätten notwendig, so daß sich ein Arbeitstag von 15 Stunden ergab! Wohlgeachtet, bei einer recht unangenehmen Arbeit, die man in Kollegenkreisen als „Strafverurteilung“ ansieht! Außerdem waren noch in regelmäßigem Wechsel Sonntagschichten zu leisten. Und diese mörderische Schusterei war einem der Beschäftigten noch nicht lange genug. Er ging noch „bittend“ vor, um länger arbeiten zu dürfen. Anstatt daß die Vorgesetzten diesem „Selbstmörder“ den Rest gelassen, ließen sie ihn wirklich auf anderen Stationen über Stunden machen, so daß der Arbeiter auf 120 Stunden in manchen Wochen kam. Die Folgen dieses Ueberstundenkollektors bestanden nun nicht etwa darin, daß dieser Arbeiter seiner Familie einen besseren Unterhalt geben, oder selbst besser leben konnte — o nein, er wurde trunksüchtig!

Ueber sehr lange Arbeitszeiten auf Rohzuckerfabriken wird aus dem Bezirk Erfurt berichtet: Achtzehn Stunden! Diese lange Arbeitszeit soll nur dann eintreten, wenn die Arbeiter für kranke Kollegen eine halbe Schicht übernehmen. Da dies freiwillig und nur in der Kampagne geschieht, so ist dagegen von dem Aufsichtsbeamten kein Einwand erhoben worden.

Leider werden die Fabriken, die so edle Leiter haben, welche die Arbeiter noch halbe Schichten machen lassen, nicht genannt. Würden sie namhaft gemacht, dann könnte man unter Zuhilfenahme der Organisation einmal feststellen, wie die „Freiwilligkeit“ aussieht, mit der 18stündige Schichten gearbeitet werden. Uns will dünken, es ist dieselbe „Freiwilligkeit“, mit der Arbeiter für einen Tagelohn von 2,50 Mk. arbeiten. Bei dieser Freiwilligkeit hat der Hunger mehr Einfluß, als der Wille des Arbeiters.

In Saaz an der Altenburg, allwo die Köstiger Zuckerraffinerie ihr Domizil hat, versteht man auch den Sonntag zu schätzen, wenn an ihm 's Handwerk haben nicht weniger wie 10 500 Arbeiterstunden an Sonn- und Festtagen geleistet. An 13 Sonntagen wurden Montagearbeiten ausgeführt. Diejenigen, die Erlaubnis zum Schanzen am Sonntag erwirkten, sind gewiß sonst eifrige Verehrer des Sages: „Dem Bolle muß die Religion erhalten werden.“ Aber wenn der Profit des Unternehmers es erfordert, dann braucht man den Feiertag nicht zu heiligen. Ueber Sonntagsarbeit von 24 Stunden führten auch unsere auf der Zuckerraffinerie Hildesheim beschäftigten Kollegen Klagen, die unseres Wissens von der Direktion auch Beachtung fanden. Ueber die Lohnverhältnisse der in Zuckerfabriken beschäftigten Kollegen erfahren wir aus den Berichten der Fabrikinspektoren nicht sonderlich viel. Der Bezirksinspektor für Breslau sagt darüber folgendes: „Auch die in den Zuckerfabriken beschäftigten Arbeiter hatten wegen der Kürze der Kampagne infolge Rübenmangels nicht unbedeutende Lohnausfälle. Andererseits hat es nicht an Versuchen gekehrt, bisher gezahlte Stücklohnsätze herabzusetzen.“ Der lange Lohn wurde also noch gemindert. Denn beim Versuch wird es nicht geblieben, sondern er wird zur Tat geworden sein.

Nach der Verordnung betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Rohzuckerfabriken, Zuckerraffinerien und Melasse-Gewinnungsanstalten dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden: im Fallhaus,

in den Zentrifugenräumen, den Kristallisationsräumen, den Trockenkammern, den Maischräumen, den Räumen zum Decken des Brotzuckers, den Maischräumen, den Trockenanlagen der Strontian-Anlage, sowie an anderen Arbeitsstellen, an welchen eine außergewöhnlich hohe Wärme herrscht. Diese Bestimmungen scheinen einigen Leitern von Zuckerraffinerien im Lande Braunschweig nicht sonderlich gegenwärtig gewesen zu sein. Eine Raffinerie beschäftigte 3 Arbeiterinnen in den Trockenkammern, eine Rohzuckerfabrik verwandte eine Arbeiterin im Zentrifugenraum. Im Bezirk Biegnitz haben die Leiter einer Zuckerraffinerie sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht. Ein Todesfall hatte zu einem Ermittlungsverfahren geführt. Dabei kam zur Sprache, daß wiederholt Arbeiterinnen bei den Zentrifugen, in Trockenkammern, Maisch- und Maischräumen beschäftigt worden waren. Die Verhandlung ergab, daß die Arbeiterinnen beim Erscheinen des Gewerbeaufsichtsbeamten aus den fraglichen Räumen immer fortgeschickt wurden. Wie lange die Fabrikleitung dies „Versehen“ der Arbeiterinnen in andere Räume beim Erscheinen des Beamten betreiben konnte, ist nicht ermittelt, sonst wäre es wohl mitgeteilt. Jedenfalls hat die Fabrikleitung durch Beschäftigung der Arbeiterinnen eine nette Lohnersparnis gemacht. Arbeiterinnenhände sind billiger. Die Strafe von 80 Mk., mit welcher beide verantwortlichen Leiter bedacht worden, wird daher leicht verwunden worden sein. Daß bei der hohen Temperatur, die in solchen Räumen vorherrschend ist, die Gesundheit der Arbeiterinnen wesentlichen Schaden leidet, darüber macht sich ein echtes, auf Gewinn bedachtes, mit kapitalistischen Anschauungen erfülltes Gemüt kein Kopfzerbrechen.

Im Bezirk Merseburg waren zwei Arbeiter einer Zuckerraffinerie mit Bedienen des Kalkofens auf der oberen Plattform beschäftigt. Eines Nachts wurden die beiden Arbeiter röhelnd auf der von der Plattform zur Treppe führenden Brücke aufgefunden, der eine starb, während sich der andere an der frischen Luft nach längerer Zeit wieder erholte. Es wird angenommen, daß durch ausgeströmte Kohlenäure die Arbeiter dem Ersticken verfallen sind. Um die Wiederholung eines solchen Unfalles zu vermeiden, sind die Seitenwände unten mit ringsherum laufenden Durchbrechungen versehen worden. Im gleichen Bezirk erlitt ein Arbeiter dadurch tödliche Verbrennungen, daß der oben im Kesselhaus arbeitende Heizer den Aschenschieber der Treppentrostfeuererung aufzog, als der Aschenräumer gerade darunter stand.

Durch Benzindämpfe wurde während der Nachtschicht ein Bedienungsmann der Knochenextraktion getötet in einer Zuckerraffinerie des Bezirkes Magdeburg. Er hatte sich, wie festzustellen war, nach dem Öffnen des Soghas für direkten Dampf, anstatt den Gang des Prozeßes weiter zu beobachten, auf eine Bank niedergesetzt und war dort eingeschlafen. Wie lange der Vermerk gearbeitet, darüber verlautbart nichts. In demselben Bezirk sollte ein Arbeiter die Lager des Schnitzeltransporteurs schmieren, er wurde erstickt aufgefunden. Der Unfall wird darauf zurückgeführt, daß vom Kalkofen Kohlenäure in den Raum entwichen ist, in welchem der Schnitzeltransporteur stand.

In Hesse wurde im November 1903 ein Arbeiter beauftragt, in der Zentrifugenabteilung eine Zentrifuge zu schmieren und dann die vorher herabgefallenen Antriebsriemen wieder aufzulegen. Der Arbeiter weigerte sich anfangs unter Hinweis auf einen unter ähnlichen Verhältnissen vorgekommenen Unfall, der Aufforderung der Aufseher nachzukommen, bestieg aber dann die Leiter, um die Riemen auf die im Gange befindliche Transmission aufzulegen. Er wurde von der Welle erfaßt, stürzte von der Leiter ab und erlitt einen Bruch des rechten Vorderarmes und des linken Oberschenfels, sowie beträchtliche Verletzungen am Kopfe. Later Auflage gestellt, führte der Aufseher an, daß das Auslegen von Riemen auf eine im Gange befindliche Transmission in der Fabrik üblich gewesen sei. Dagegen wurde von Beamten und Angestellten der Fabrik nachgewiesen, daß das Auflegen von Riemen auf diese Weise sowohl in der Arbeitsordnung, wie auch durch Anschlag verboten war. Das Stilllegen der Zentrifugen wird aber weder von der Betriebsleitung, noch von den Arbeitern gern gesehen. Die erstere sieht das Stillstellen nicht gern, weil die Menge des Erzeugnisses gemindert wird, die Arbeiter, weil sie nach der Menge des Erzeugnisses bezahlt werden. Für die Arbeiter wird hier die Akkordarbeit in zweifacher Hinsicht Mordarbeit!

Die vorstehend gegebenen Auszüge aus den Berichten der deutschen Fabrikinspektoren lehren uns, daß die Lage der in der Zuckerindustrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen auf einem ziemlich tiefen Stande angekommen ist. Lange Arbeitszeit, niedrige Bezahlung, Entbehrung der Sonntagsruhe, ungesunde Beschäftigung von Arbeiterinnen, ungenügender Schutz gegen Unfälle, mangelnde Aufklärung zur Verhütung von Unfällen, für alle diese Dinge konnten wir wertvolle Belege anführen. Von unseren in der Zuckerindustrie tätigen Kollegen wurde nicht immer mit der erwünschten Energie gegen diese Uebel angekämpft. Eine Minderheit setzte für den Kampf ihr Bestes ein, aber die Mehrzahl lebte widerstandslos in den Tag hinein. Wenn das anders wird, wenn erst die Mehrzahl für den Kampf um bessere Zustände in der Zuckerindustrie gewonnen ist und nur die Minderheit gleichgültig in den Tag hineinklebt, dann ist auch die Mög-

Schleht für die Beförderung gegeben. Die Mehrheit für die Organisation zu gewinnen, das sei die Aufgabe, der wir uns widmen.

Vom sozialen Kampfplatze.

Landfriedensbruch. Der Streik in Markranstädt, der zurzeit noch nicht beendet ist, hat neben Strafmandaten der mannigfachen Art auch bereits einen Prozeß großen Umfanges hinter sich. In einer Verhandlung von vierstündiger Dauer vor dem Leipziger Schörrichter wurde untersucht, ob die 9 Angeklagten sich des schweren und einfachen Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Am 2. Februar wurde das Urteil gefällt. Es fand 8 Angeklagte schuldig, während bei 6 Freisprechung erfolgte.

Jeder der 3 Verurteilten, darunter unsere Verbandsgenossen Harnisch und Hoff, wurde zu einem Jahr- und drei Monaten Gefängnis und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Ein drakonisches Urteil!

Es hat sich gezeigt, daß das „Verbrechen“ der Angeklagten jeden Tag mehr zusammenschmolz und die Rede sein konnte. Wohl hat sich am 11. Oktober zwischen den Arbeitswilligen und Streikenden in Markranstädt eine Kauferei abgepielt, daß aber die Angeklagten die Veranlassung dazu gewesen oder gar die Hauptschuldigen, das hat die Verhandlung nicht erwiesen. Die Staatsanwaltschaft ersuchte die Geschworenen eindringlich, keine Milde walten zu lassen, sondern die Angeklagten ins Zuchthaus zu schicken.

Obwohl die Staatsanwaltschaft zugeben mußte, daß z. B. Kemnitz an der Kauferei ganz unbeteiligt gewesen, so war er doch Streikleiter und als solcher an den Ausschreitungen schuld. Schwer ist die Schuld der Angeklagten, schwer sei die Strafe. So argumentierte der Herr Staatsanwalt. Und die Herren Geschworenen nahmen schweren Landfriedensbruch an, bejahten freilich auch die mildernden Umstände.

Danach wäre das Gericht wohl noch in der Lage gewesen, ein weniger hartes Urteil zu fällen, denn der betreffende Paragraph des Strafgesetzbuches sagt, daß Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten zu verhängen ist. Das Gericht aber ist weit über die Minimalstrafe hinausgegangen und hat weiter den drei Verurteilten, die fast vier Monate im Untersuchungsgefängnis zugebracht, davon nur zwei Monate angerechnet. Den Angeklagten sind auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt! Die Tat der Verurteilten sei ehelos gewesen, betonte der Vorsitzende bei Begründung des Urteils. Ehelos haben die Verurteilten nicht gehandelt.

Ehelos sind jene, die einen Arbeitsplatz einnehmen, den sie, wenn er nicht von einem Streikenden verlassen worden, nimmermehr hätten einnehmen können!

In Brandenburg a. d. Havel sind 2500 Arbeiter ausgepeitert!

Die Arbeitsniederlegung verschiedener Abteilungen im Betriebe der Firma Gebr. Reichstein, welche zu dem Zweck vorgenommen wurde, den Forderungen der Lohnarbeiter Genüge zu tun, die eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Prozent verlangt, nachher zu verweigern, hat die Firma zur folgenden Maßnahme veranlaßt. Im Verlauf des gestrigen Tages wurde in den Betriebsräumen folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Bekanntmachung!

Infolge der Arbeitsniederlegung verschiedener Abteilungen unserer Fabrik sehen wir uns leider gezwungen, den gesamten Betrieb von heute ab zu schließen.

Brandenburg, a. d. H., den 5. Februar 1906.

Gebr. Reichstein.

Nach der eigenen Erklärung der Firmeninhaber sehen sie sich leider gezwungen, den Betrieb zu schließen. Was sagt nun der „Anzeiger“ dazu, der bei der Arbeitsniederlegung von 400 Arbeitern des genannten Betriebes ankünderte, daß das Verhalten der Arbeiter auf die Aufrechterhaltung des Betriebes, in welchem 2500 Arbeiter beschäftigt würden, keinerlei Einfluß habe!

Die Aussperrung wird vor allem auf diejenigen wirken, die sich in dem Glauben wiegen zu müssen glaubten, daß die Organisation für sie zwecklos sei, denn bei der Firma Gebr. Reichstein läme es nie und nimmer zu einer Aussperrung —

Brandenburg. Einen nennenswerten Erfolg haben die hier in der Blechemballagenfabrik von H. Runge beschäftigten Kollegen und Kolleginnen erreicht. Die Fabrik beschäftigte insgesamt 78 Arbeiter beiderlei Geschlechts, wovon 43 dem Metallarbeiterverband und 49 unserer Organisation angehören. Nach mehrmaligen Verhandlungen, die unser Geschäftsführer mit dem Inhaber des Betriebes führte, wurden, ohne daß es zur Arbeitsniederlegung kam, die Stundenlöhne wesentlich erhöht, ebenfalls auch die Akkordlöhne, unter welcher letzteren hier hauptsächlich gearbeitet wird. Auch den früheren wüßlichen Lohnfestsetzungen und Reduktionen ist ein Dregel vorgezogen durch tarifliche Festlegung der Löhne, Akkordlöhne und Ueberstundenzuschläge auf zwei Jahre.

Fürth. Die Lohnbewegung der Zeitungsträgerinnen der „Koburgerischen Zeitung“ hat vor dem Gewerbeamt als Einigungsamt, welches von dem Verleger Herrn Wilmy anrufen wurde, ihren Abschluß mit Erfolg für die Trägerinnen gefunden. Urteilt wurde eine durchschnittliche Erhöhung des Trägerlohnes von 1 Mt. pro Woche für 35 Trägerinnen, und es wäre noch bedeutend mehr heranzukommen, wenn die Einigkeit der Trägerinnen bis zum Abschluß der Bewegung standgehalten hätte. Der kritische Punkt war die Stellung einer Ration. Herr Wilmy gewährt einen Teil der Ration mit dem Vorwande, die Kommission habe die Ration vereinbart, zum Stellen einer solchen, während der andere Teil der Trägerinnen standhaft blieb und die Stellung einer Ration verweigerte. Das Benehmen des Herrn Wilmy bei den Verhandlungen veranlaßte die Organisationsvertreter zu der Erklärung, daß sie weder mündlich noch schriftlich mit Herrn Wilmy unterhandeln und die zu ergreifenden Maßnahmen sich vorbehalten mußten. Darauf rief Herr Wilmy das Gewerbeamt an. Die Unterhandlungen waren auf dem Gewerbeamt bedeutend erleichtert. Eine Ration darf den Trägerinnen, welche eine solche zu stellen sich weigerten, nicht aber verlangt werden, jedoch sollen die Trägerinnen, die sich durch

Unterschrift verpflichtet haben, eine Ration zu stellen, von uns nicht befristet werden, die Ration zu verweigern, was wir nicht tun. Aufregungen dürfen nicht stattfinden. Die Verhandlung wurde schriftlich getroffen. Kein Mittel blieb unberührt, während der Bewegung die Trägerinnen zum Umsturz zu bringen, selbst Geld soll dabei rechtlich gestiftet sein. Einen Teil, welcher im Bereich der Fabrik stand, stellte man bei der Ration in den Hof, den anderen in die geheizten Räume, bis die Rationen zur Ausgabe gelangten.

Jagwitz. Am 8. Februar kamen 50 Mann aus Berlin an, um in Jagwitz Arbeitswilligenliste zu leisten. Dieselben sind von einem sogenannten Seelenverkäufer nach hier gelangt worden. Den Reuten wurde von dem Vermittler ein Kontrakt vorgelegt, wonach die Arbeiter 2,50 Mt. in Tagelohn und 3 Mt. in Akkord verdienen sollten. Hier angekommen, wurde ihnen ein Lohn von 1,60 resp. 1,80 von dem Unternehmer selbst angeboten; auch war verschwiegen worden, daß hier ein Streik sei. Da sie die Arbeit nicht hatten, anderen Arbeitern die Arbeitsstellen freitrag zu machen, und der Meinung waren, daß man sie durchaus nicht nach Jagwitz geschickt hätte, wenn die hiesigen Arbeiter für den unzureichenden Lohn weiter gearbeitet hätten, so entschlossen sie sich zur Abreise. Den Vermittler werden die Arbeiter verklagen, weil er sie unter Durchsicht falscher Darstellungen angeworben hat.

Sadwighshafen a. Rhn. Am 29. Januar fanden Verhandlungen über die Lohnbewegung in der Anilinfabrik vor dem Gewerbeamt. Vorsitzenden Herr Richter Dr. Müller. In denselben vertreten Herr Dr. Richterberger, die Direktion der Anilinfabrik und die Genossen Gehbart, Prüß und Sotham die Arbeiter. Nach etwa vierstündiger Verhandlung kam folgende Vereinbarung zustande:

1. Die Fabrikleitung hat bereits durch Ausschlag eine Lohn-erhöhung in Aussicht gestellt, wie uns — den Vertretern der Arbeiter — mitgeteilt wird, soll dieselbe für den einzelnen Arbeiter 10 Proz. seines letzten Lohnsatzes ohne Gutmachgelder betragen.
2. Weiterhin sichert die Direktion zu, daß fortan alle Prämien, Gutmachgelder u. als solche in Wegfall kommen und dort, wo solche bezahlt wurden, deren Umwandlung in festen Lohnsatz stattfindet und dem Lohn zugeschlagen wird.
3. Die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit-Bezahlung soll in besonderem Ausmaß in wohlwollender Weise geregelt werden und zwar sollen für Ueberstunden 25 Prozent, für Sonntagsarbeit 25 bzw. 50 Prozent und für die drei ersten Hauptfeiertage 100 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Die übrigen Feiertage, wozu auch die zweiten Hauptfeiertage gehören, sollen wie Sonntage behandelt werden.
4. Sämtliche Arbeiter, die die Arbeit niedergelegt haben, werden in ihren bisherigen Arbeitsstätten wieder eingestellt, wenn sie bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen.
5. Die Fabrikleitung sichert auch diesen Arbeitern zu, daß sie nach deren Wiedereintritt die Regulierung der Lohnverhältnisse in tunlichster Weise einer wohlwollenden Revision unterziehen wird.
6. Die erschienenen Vertreter der Arbeiter erklären, daß sie für ihre Person systematische Feindseligkeiten gegen die Anilinfabrik nicht beabsichtigen und daß sie in diesem Sinne auch in ihren Kreisen wirken werden.

Ein unbefristeter Verdienst hat sich Herr Stadtschlichter Dr. Müller um die Einigungsverhandlungen erworben. Durch die Art der Führung derselben ist es ihm gelungen, die Gegensätze zwischen den Parteien abzumildern und auf eine Basis zu setzen, wo eine Einigung zustande kam.

Am Abend des 29. Januar haben die auf der Anilinfabrik beschäftigten Kollegen in fünf massenhaft besuchten Versammlungen Stellung zu der Vereinbarung genommen und wurde beschlossen, am anderen Morgen in sämtlichen Betrieben die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wasing. Warnung für Papeterarbeiter. Es werden für die hiesige Papierfabrik (Wasing bei Witten) Arbeiter, ja ganze Familien herbeigeholt und ihnen hoher Lohn, dauernde Beschäftigung und dergleichen versprochen. Diese Versprechen werden nicht gehalten, dagegen wird den Verlockten eine brutale Behandlung durch die Beamten zuteil. Die Direktion vermutet wohl, daß die Arbeiter, die sie jetzt hat, die unwürdigen Zustände nicht mehr länger ertragen werden, und sucht jetzt durch Heranziehung fremder Arbeitskräfte sich zu sichern. Die Löhne sind äußerst niedrig, nicht zum Auskommen, da die Großstadt in der Nähe ist und alle Lebensmittel teuer sind. Die Arbeitszeit ist eine 12stündige. Dabei verdienen Querschneider und Kalandrierer nur 2,50 Mt. bzw. 2,80 Mt., Maschinengehilfen nicht mehr, die Frauen im Akkord 7—12 Mt. pro Woche. Außerdem werden bei geringfügigen Verletzungen Strafen von 50 Pf., 1 Mt. bis zum halben Tagelohn verhängt. Sind dann die Leute einmal hierher gelockt, so sind sie auf diesen Verdienst angewiesen, da sie keinerlei Mittel besitzen, wieder fortzuziehen. Aus Briefen von solchen Verlockten, die uns zur Verfügung stehen, geht hervor, daß sie bittere Reue empfinden über den Schritt, da sie, als fremde, die Lebensmittelpreise (ein Pfund Fleisch 90 Pf.), die Wohnungsmiete u. m. nicht zu erzwängen imstande sind. Es wäre dringend erwünscht, wenn auch auswärtige Partei- und Gewerkschaftsblätter durch Warnungen die Zugangsquelle verstopfen würden.

In der chemischen Fabrik von Schippans in Staßfurt sind die Arbeiter in den Ausstand getreten.

Wilhelmsburg bei Harburg. Auf der Volkammerlei haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Lohnminderungen und Maßregelungen die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzuhalten.

In Wehrlich bei Schkenditz sind auf der Papierfabrik des Herrn Kommerzienrats Weber in Leipzig 184 Personen in den Ausstand getreten.

Korrespondenzen.

Kugsburg. Unsere Zählstelle hielt am 14. Januar ihre ordentliche Versammlung im Wirtshaus des Hof ab. Kollege Faber als Versammlungsleiter erstattete den Jahresbericht, aus welchem zu entnehmen war, daß unsere Zählstelle im vergangenen Jahre bei der Aussperrung in der Metallindustrie mit 270 Kollegen beteiligt war. Einen Angriffstreik hatten wir in der hiesigen Gasfabrik, welcher von einem guten Erfolg begleitet war und nur einen Tag dauerte. Eine weitere Lohnbewegung in der hiesigen Papierfabrik war ebenfalls von gutem Erfolg; diese wurde ohne Arbeitsniederlegung durchgeführt. Die Mitgliederbewegung im vergangenen Jahre war eine große, und sind hier 687 männliche und 73 weibliche Namen zu verzeichnen. Der Rechenschaftsbericht vom Kollegen Hermann wurde von den Revisoren als richtig erklärt und diesem hierauf Entlastung erteilt.

Am 23. Januar tagte eine außerordentliche Versammlung. Kollege Weidinger als Vorsitzender der Anstellungs-Kommission erstattete Bericht. Anmeldungen für den Posten des Geschäftsführers sind 15 eingelaufen, davon sind vier für die engeren Wahl zugelassen. Die Wahl fiel auf den Kollegen Otto Händl aus Kugsburg. Dann kamen die Bevollmächtigten und Revisoren. Bei dem Bericht des Streiks der Arbeiter, welche am 15. Januar die Arbeit bei drei Firmen niederlegten und der jungwärtigen der Streikenden ansehl, meinte Kollege Faber mit Recht, daß es nicht leicht irgendwo vorgekommen sei, daß diejenigen Kollegen, welche es mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufrichtig meinten, von den

eigenen Kollegen, welche alle organisiert waren, so hinterlistig verraten worden sind, wie es hier der Fall war. Die Versammlung nahm mit Abscheu hiervon Kenntnis und schloß sämtliche Streikbrecher, soweit sie unserem Verband angehören, aus dem Verbanne aus.

Breslau. Am Sonntag, den 3. Februar, tagte im Saale des Gewerkschaftshauses eine stark besuchte Mitgliederversammlung, welche sich mit den bevorstehenden Lohnbewegungen am Orte beschäftigte. Das Referat hatte der Ortsbeamte, Kollege Joppich, übernommen. Einleitend bemerkte Redner, daß wir uns in einer ziemlich bewegten Zeit befinden, und wenn es mit irgend einem Unternehmer zum Kampf kommen sollte, derselbe für die gesamte Arbeiterschaft als Kriegserklärung gelte. Denn noch nie waren die Unternehmer so einig, wie heute. Große Industrie-Verbände seien von den Arbeitgeberern gegründet worden, welche ihre Hauptaufgabe darin erblickten, die Rechte der Arbeiter illusorisch zu machen. Bei jeder geringfügigen Differenz wurde zum Mittel der Aussperrung gegriffen, die Arbeiter durch den Hunger zu bezwingen. Leider aber sieht das ein Teil der Kollegen nicht ein. In allen möglichen Klimbim-Vereinen suchen sie ihre wenigen paar Groschen unterzubringen, anstatt sich ihren gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen. Deshalb könnten die Unternehmer immer noch Lohnkürzungen und Entlassungen nach Belieben vornehmen. Würde die Arbeiterschaft besser organisiert, so könnte manches anders sein. Redner schildert nun die Lage der Arbeiter in der chemischen Industrie, welche dringend der Verbesserung bedürfte. Leider aber seien es gerade die hier Beschäftigten Kollegen, welche den Wert der Organisation nicht anerkennen wollen. Bedauerlich sei, daß die Kollegen in Borschwig dem Verbanne gegenüber ihre Pflichten nicht erfüllen, obwohl von Seiten der Organisation alles versucht und getan wurde, um das Los der dortigen Kollegen zu verbessern. Würden die Arbeiter das einsehen und für die Organisation kämpfen werden, so könnte die Schluppe, die im vorigen Sommer erteilt haben, bei gegebener Zeit wieder gemacht werden. Gleich schlecht seien die Löhne der Hülfsarbeiter in der Metallindustrie und noch schlechter die Behandlung. Leider hätten in diesen Betrieben die Christlichen ein Feld gefunden, um Zersplitterung unter die Arbeiter zu bringen. In der Zementindustrie war es im vergangenen Jahre möglich, wesentliche Vorteile zu erzielen, doch seien die Löhne im Verhältnis zu den anderen im Bauwesen beschäftigten Arbeitern viel zu niedrig. Nun hätten die Zementarbeiter in ihrer Branchen-Versammlung beschlossen, den Unternehmern einen Tarif zu unterbreiten, in dem verlangt wird für selbständige und Vorarbeiter ein Stundenlohn von 45 Pfennig, für die sogenannten zweiten Arbeiter ein solcher von 42 Pfennig und für Hülfsarbeiter 40 Pf. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 15 Prozent verlangt. Die Laufzeit ist zu verkürzen, sofern die Baustelle über eine Stunde von der Fabrik entfernt liegt. Bei Montagearbeiten ist pro Tag ein Zuschlag von 2,50 Mt. zu zahlen und außerdem vierwöchentlich freie Hin- und Rückfahrt nach dem Wohnort zu veranlassen. Außerdem sieht der Tarif eine genaue Regelung der Akkordlöhne mit einer entsprechenden Lohnaufbesserung vor. Die Wphalteure und Schwarzbecker haben bei der Verwaltung um die Genehmigung zur Lohnbewegung nachgesucht und soll sich am Donnerstag eine öffentliche Branchenversammlung mit der Tarifrage beschäftigen. Auch in den Metallknappfabriken sei es in letzter Zeit gerade bei der bekannten Firma Lehmann u. Grummert zu Differenzen gekommen, weil den Arbeitern ganz erhebliche Lohnabzüge angeordnet wurden, doch scheiterte das Vorhaben des Herrn Geschäftsführers Reih an der guten Organisation der Kolleginnen. Bei gelegener Zeit werden auch hier Versuche gemacht werden, Vorteile zu erkämpfen. Redner ermahnte nun alle Mitglieder, eifrig für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen. Jeder solle, ob jung, ob alt, seine Kraft in die Dienste der Organisation stellen, da würden auch für die Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen bessere Zeiten anbrechen.

Ein recht trübes Bild entrollten die von uns herausgegebenen und von den Köperei-Hülfsarbeitern beantworteten Fragebogen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Oefenfabriken und Köpereien. Aus acht Betrieben mit annähernd hundert Hülfsarbeitern gingen leider nur 50 beantwortete Fragebogen ein, ein Beweis, daß ein Teil der Kollegen noch teilnahmslos drein schaut, und sich um die Besserstellung seiner wirtschaftlichen Lage wenig kümmert. Während man in andern Industriezweigen die Erfahrung macht, daß in kleinen Betrieben niedrige Löhne gezahlt werden, trifft hier das Gegenteil zu. Die Arbeiter der verschiedenen Arbeitgeber, nicht mehr zählen zu können, um Konkurrenzfähig zu bleiben, sind deshalb hilflos. Man kann es daher begreiflich finden, daß nicht bloß Frauen, sondern auch Kinder mitarbeiten müssen, um bloß das bürgerliche Leben notdürftig fristen zu können. Die statistisch u. Erhebungen ergaben folgenden Resultat: In drei größeren Betrieben beträgt der Durchschnittslohn pro Woche 13,40 Mark; beschäftigt sind ca. 50 Hülfsarbeiter, davon 23 verheiratet, von deren Frauen 14 mit Schneiderei, 2 mit Fabrikarbeit und 5 als Hausmehrfrauen beschäftigt sind; nur zwei Frauen haben das Glück, bloß in ihrem Haushalt tätig zu sein. In acht Familien haben sechs Kinder im Alter von über 14 Jahren und acht Kinder unter 14 Jahren zum Erwerb beitragen müssen. Die Wohnungen bestehen zum großen Teil aus einer Stube, nur in dreizehn Fällen war eine Küche mit angegeben. Fünf Familien haben zwei Zimmer und Küche, der Meiste besitzt beträgt durchschnittlich 180 resp. 240 Mark jährlich. 1905 waren infolge Krankheit und Auslegen erwerbslos: 13 Kollegen mit zusammen 186 Tagen. In fünf kleineren Betrieben sind zusammen 46 Hülfsarbeiter tätig. Hier gestaltet sich die Lage der Hülfsarbeiter etwas günstiger. Der Durchschnittslohn beträgt 14,80 Mark; verheiratet waren 19 Kollegen, von deren Frauen 10 in der Schneiderei, 4 als Hausmehrfrauen und 1 als Fabrikarbeiterin tätig waren. Bei vier Frauen war eine bestimmte Beschäftigung nicht angegeben, auch hier mußten sechs Kinder unter 14 Jahren zum Erwerb beitragen. Die Wohnungsverhältnisse sind ziemlich gleich. Erwerbslos in letztgenannten Betrieben waren neun Kollegen zusammen 144 Tage. Art der Erkrankung waren Rheumatismus und Migränkrankheit, ein Beweis, daß die Forderung der Köperei-Genossen, vom Oktober ab nur bei verglasten Fenstern zu arbeiten, völlig gerechtfertigt ist. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich zehn Stunden. An die Köperei-Hülfsarbeitern wird es nun liegen, durch Anschlag an die Organisation derartige traurige Zustände beseitigen zu helfen.

Stöten. Eine verhältnismäßig gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 10. Februar im „Goldenen Engel“. Aus der reichhaltigen Tagesordnung ist hervorzuheben, daß die Beiträge, welche an das Gewerkschaftsamt zu entrichten sind, von 15 auf 20 Pf. erhöht wurden. Es machte sich dies notwendig, weil sich die Gewerkschaften korporativ an das seit dem 1. Februar in Dessau für ganz Anhalt errichtete Arbeitersekretariat angeschlossen haben. Um auch denjenigen Kollegen, welche ihre Karenzzeit noch nicht hinter sich haben, etwas zu bieten, wurde folgender Antrag angenommen: Jeder Kollege, welcher 13 Wochen dem Verbanne angehört und freiwillig mindestens 8 Tage erwerbslos ist, erhält eine einmalige Unterstützung von 3 Mt. aus der Lokalkasse. (Gegen diesen Beschluß erhob sich Einspruch! Der ist anzuführen. U. Br.) Die alten Bevollmächtigten wurden einstimmig wiedergewählt. Vertreter der Agitation gab der Vorsitzende bekannt, daß bis jetzt über 200 Flugblätter unter der Arbeiterschaft verbreitet worden sind und daß es sich empfiehlt, an der Hand der aufgestellten Listen persönlich Nachfrage zu halten. — Das die Unternehmer den Arbeitern alles zumuten, zeigte kürzlich folgender Fall: In Wisleben befanden sich die Arbeiter des

derigen Gasanstalt im Aufstade, dieselbe gehört der Wagden-
hanger Gasgesellschaft, welche auch hier in Götting eine Filiale
besitzt. Es wurde denn auch von hier aus ein Arbeiter nach
Wien geschickt, um seinen Arbeitsverhältnissen in den Städten zu
sehen und Streikbrecherarbeit zu leisten. Natürlich wurde dem
Arbeiter verweigert, wie die Dinge in Götting standen.
Von der Streikleitung darf selbst in Empfang genommen und
auf die bestehenden Zustände aufmerksam gemacht, hielt es der
Kollege für seine Pflicht, wieder abzumachen. Er stellte sich
seinem Arbeitgeber wieder zur Verfügung. Derselbe machte ihm
den Vorwurf, er sei betrunken gewesen, und kündigte ihm das
Arbeitsverhältnis. Ehe jedoch die 14 Tage abgelaufen waren,
wurde dem Arbeiter anheimgestellt, er könne wieder bleiben,
jedoch müßte er die Eisenbahnfahrt und einen Tag Arbeitslohn
zuschießen, schließlich ging der Kollege nicht darauf
ein, sondern schüttelte den Staub von den Füßen und verließ
die Arbeitsstätte.

Harburg. Am Dienstag, den 5. Februar, tagte unsere
Versammlung bei Lamprecht am Rennweg. Der Kollege Lewin
hielt einen interessanten Vortrag über den Kampf im Gewerkschaftsleben. Redner hatte reiches statistisches Material zur
Hand, das ihm ermöglichte, arge Verhältnisse in verschiedenen
Bereichen gründlich ans Licht zu ziehen. Er führte hauptsächlich
Nachtarbeit in Hamburg an, in denen Zustände herrschen,
die jeder Beschreibung spotten. Es werden dort Löhne gezahlt
von 15 bis 28 Mt. nicht Kost, teilweise mit und ohne Logis,
pro Monat für erwachsene Arbeiterinnen. In einem Betriebe
ist sogar festgestellt, daß für eine Person kein Bett vorhanden
ist und sie infolgedessen auf einer Pritsche schlafen muß.
Solche Zustände ließen sich nur durch eine kräftige Organisation
beseitigen. Redner führte noch verschiedene Gummsfabriken an,
in denen die Arbeiter mit den von den Unternehmern ein-
geschickten, aber von den Arbeitern bezahlten „Wohlfahrts-
Einsparungen“ gefördert werden. Redner zeigte ein Diplom
vor, mit dem der Arbeiter geehrt wird, wenn er zehn Jahre
lang auf der Summalkasse gefordert hat für seinen Lohn.
Ein solches Ding sei eine Verhöhnung der Arbeiter, die endlich
einsehen müßten, daß nur durch die Organisation bessere und
menschenwürdiger Zustände geschaffen werden können, denn
wenn die Arbeiter nichts fordern, werden die Unternehmer
nicht in ihren Betrieben zugunsten der Arbeiter ändern. Ueber
die Agitation am Orte berichtete Kollege Seidenkorn. Von
einer Hausagitation soll vorläufig abgesehen werden. Kollege
Wassermann betrachtete es als die wichtigste Agitation, wenn
jeder Kollege es sich zur Aufgabe mache, im Jahre mehrere
Mitglieder zu gewinnen. Darauf gab Kollege Brocks den
Bericht von der letzten Kartellversammlung.

Hellbrunn a. N. Am Sonntag, den 21. Januar, tagte
unser ziemlich gut besuchte Hauptversammlung. Aus dem
Tätigkeitsbericht, den der erste Bevollmächtigte, Kollege Hohl-
bach, gab, war zu ersehen, daß die Geschäfte im verflochtenen
Jahre große waren, wurden doch 93 Versammlungen und
Sitzungen aller Art abgehalten. Lohnbewegungen wurden in
zwei Betrieben mit zusammen 560 in Betracht kommenden Ar-
beitern durchgeführt. Der Erfolg ist in einem Betriebe,
Gemeinefabrik, ein vollständiger; es werden dort bei ca. 320
Arbeitern jetzt wöchentlich 2000 Mark mehr Lohn ausgezahlt
als vorher. Dagegen haben wir bei einer Lohnbewegung,
Silberwarenfabrik Prudmann, mit ca. 160 in Betracht kom-
menden Arbeitern nur einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen.
In drei weiteren Betrieben sind wir zurzeit bereits in Ver-
handlungen betreffs Lohnbewegungen. Die Mitgliederzahl stieg
von 150 im Anfang des Jahres auf 634, was gewiß ein Ge-
samt ist. Den Hauptbericht gab Kollege Heller. Die Kassens-
verhältnisse sind gut und wurde alles in bester Ordnung be-
halten. In der Diskussion wurde die Geschäftsführung der
Verwaltung anerkannt und die Entlassung einstimmig erteilt.
Dann wurde über die Anstellung eines beauftragten Beamten
berichtet. Sämtliche Kollegen sprachen sich dafür aus und
wurde beschlossen, eine Kommission mit der Anstellung zu be-
trauen. Diese soll bis 15. Februar erfolgt sein. Dann kamen
die Bevollmächtigten in Vorschlag.

Hildesheim Arbeiter-Komitee. Auf der Gemüthlichen
Fahrt „Dummaonia“ am Morgen des 7. Februar gegen
8 Uhr der Arbeiter Eggert als Osterum dadurch verunglückt,
daß er bei einer Arbeit an der Kommissionenstraße von dieser
ertrank und mehrere Male herumgeschleudert wurde. Der Ver-
storbene, der schwere Verletzungen erlitt, ist ein Opfer
der Überanstrengung und der durch die damit ver-
ursachte übermäßige Anspannung naturgemäß die Unfall-
ursache des Arbeiters gegen die ihm drohenden Unfall-
gefahren geschützt. Des Unglücks ereignete sich nämlich in den
Wagenstunden zwischen 6 und 8 Uhr, in welcher Zeit Eggert
nach einer stündlichen Nachschicht noch Überstundenarbeit
machte!

Geheimratskollektive bei Kalk. In der letzten Versammlung,
die nach dem Ableben von Kalk stattfand, sprach Kalk über
den Zustand der Organisation im hiesigen Maschinenbau. Auf
reines Material gab er, führte er den Anwesenden vor Augen,
daß wir in einem so bedeutenden Maschinenbau leben, obwohl noch
nicht Arbeiter dies nicht begriffen hätten; es zeigte sich auch,
daß die Gegensätze zwischen Besessenen und Beschloßen immer
mehr verschärfen werden; auch würden die Arbeiter immer
weniger von den bürgerlichen Parteien berücksichtigt, sobald sie
sich nur auf ihre Organisation stützen könnten. Nun aber den
Zustand der Organisation zu erreichen, müsse zuerst ein be-
sonderer, agitativer und organisatorischer werden. Nach dem beifällig
aufgenommenen Vortrage folgte eine rege Diskussion, in der
beschlossen wurde, tätig zu sein in die Agitation einzugehen.
Dann kam nochmals die Gründung einer eigenen Zahlstelle zur
Sprache. Es wurde ein Schreiben von Kollegen Berg ver-
lesen, worin dieser von der Gründung einer Zahlstelle abriet
und eine Fortsetzung des Wortes redete. Derselben Standes-
punkt ist der Meinung der Anwesenden.
Der folgende: Auf Grund der Erfahrung, die die Zahlstellen
in anderen Betrieben mit der Beschäftigung am hiesigen Orte
machen, indem sie von der Straßenseite aus sehr wenig
berücksichtigt werden, glauben die Anwesenden wenig Nutzen aus
einer Beschäftigung zu ziehen. Was die Zahlstelle Kalk be-
trifft, sind die Kollegen der Meinung, daß diese kann ihr
eigenes Gebiet bestreiten kann; auf Hilfe von den Kollegen
ist kein Bedarf, weil die Kalk Kollegen so wenig
Befähigung in der Agitation an den Tag legen, und was
die Hilfe des jetzigen Geschäftsführers von Kalk, zugleich Ge-
schäftsführer von Kalk, betrifft, anerkennen, ist die Ver-
sicherung der Überzeugung, daß die Zahlstellen Kalk und
Kalk den Geschäftsführer vollständig in Anspruch nehmen,
während die Kollegen Kalk, wie Kalk, Kalk, Kalk, Kalk,
Kalk auf sich selbst angewiesen sind. Aus all dem Vor-
genannten sind die Anwesenden für Gründung einer Zahlstelle,
jedoch wurde auf Vorschlag des Kollegen Kalk die Sache
beschieden, und es ist die Meinung der Versammlung im
Zustande der Beschlüsse.

Hildesheim. Sonntag, den 22. Januar, tagte im Gasthof
„Im Saale“ unsere Mitgliederversammlung. Es wurden die
Arbeitsverhältnisse und Revisionen wieder in Vorschlag
gebracht. Dann wurden eingehend die Bestimmungen des
Statutes, die von unseren Mitgliedern bei Bezug der Gewerkschafts-
Mitgliedschaft zu beachten sind. Die Veranlassung zu
dieser Revision gab ein Kollege, der drei Wochen krank
war, sich aber nicht zur Kontrolle meldete, jedoch, nachdem
er sich wieder gesund gefühlt, mit dem Brief zum zweiten
Male erschienen und um sein Krankengeld zu holen. Die
Kollegen wollten das Krankengeld verweigert werden
müssen, da der Krankengeld wurde der Antrag gestellt, dem
Kollegen das Geld aus der Kassakasse zu geben, doch auch

gegen diesen Antrag wurde gesprochen, er kam nicht einmal
zur Abstimmung. Zum Schluß wurde auch die Beschäftigung
der Zahlstellen Kalk, Kammendorf und Kalk angesetzt und
für die nächste Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt.
Benig. Am Sonntag, den 4. Februar, abgehaltene
Mitgliederversammlung war erfreulicherweise gut besucht. Der
erste Bevollmächtigte gab den Jahresbericht, woraus zu ent-
nehmen war, daß im vergangenen Jahre 13 Mitglieder-
versammlungen, darunter 3 mit Vorträgen, abgehalten worden
sind. Aus dem vorgetragenen Kassensbericht war zu ersehen,
daß für die seit 1. Oktober eingeführte Gewerkschaftsunter-
stützung am hiesigen Orte 125,60 Mt. vorausgeschickt wurden.
Am Schlusse des Quartals zählten wir 62 Mitglieder, erfreu-
licherweise ist die Zahl bis jetzt auf 80 gestiegen. Die Ab-
rechnung wurde für richtig erklärt. Mit einem Appell an die
anwesenden Kollegen, auch weiterhin für das Wachstum
unseres Verbandes tätig zu sein, erreichte die Versammlung
ihre Ende.

Blauenfelder Grub. Im Januar tagte unsere Haupt-
versammlung im Augustabende zu Duden. Nachdem man sich
zu Ehren der verstorbenen Kollegen von den Plänen erhoben,
leitete der Geschäftsführer Kollege Wolf die Tagesordnung mit
einem kurzen Referat über „Rückblick auf das Jahr 1905“ ein.
Dann erstattete er den Jahres- und Quartalsbericht unserer
Einzelmitgliederschaft, die sich zur Freude aller vorwärtsstrebenden
Arbeiter überraschend schnell entwickelt habe und schon einige
gute Erfolge bezüglich der Verbesserung der Lage der Hülfs-
arbeiterchaft im Blauenfelder Grube zu verzeichnen hätte. Die
Entwicklung illustrierte am besten die Einnahme von 1905:
17502 Mark gegenüber der Einnahme von 1904: 4537 Mark.
589 Mitglieder seien mehr geworden. Deshalb ist auch die
Arbeit nebenbei nicht mehr zu bewältigen gewesen, es hätte
ein Bureau errichtet und der Geschäftsführer eingestellt werden
müssen. Ueber 600 Besuche im Bureau und über 625 Mark
Krankenunterstützung seit 1. Oktober wären zu verzeichnen. Im
weiteren Verlauf der Versammlung leiteten die Revisoren,
daß sich Kasse und Bücher in Ordnung befänden hätten und
beantragten Entlassung des Geschäftsführers, was einstimmig
geschah. Darauf gab Kollege Imke den Gewerkschaftskassens-
bericht und wies erklärend auf die wichtigsten Punkte hin,
mit denen sich das Komitee und die Gewerkschaften beschäftigen.
Hierauf entspann sich eine kurze Debatte. Dann ging man zur
Wahl über. Gewählt wurden als erster Vertrauensmann
Kollege Rinte, als Revisoren die Kollegen Köhner, G. Krause
und Zauscher, ferner fünf Kollegen als Agitations-Kom-
mission.

Schiffel. Am 23. Januar tagte unsere Mitglieder-
versammlung. Kollege Vögler-Samburg referierte über das
Thema: „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“. Dann wurde die
Abrechnung vorgelegt. Nachdem noch die Abhaltung eines
Familiabendes beschlossen, machte Kollege Zamochnus darauf
aufmerksam, daß im Falle einer Gewerkschafts-Meldung beim
ersten Vorliegen erfolgen müsse. Als Tag des Beginn der
Gewerkschafts-Meldung gilt der Tag der Meldung. Ein nachträgliches
Vorlegen des Krankenscheins genügt nicht und hat Einbuße der
Unterstützung zur Folge.

Quittung.

Vom 31. Januar ab gingen bei der Kassakasse
folgende Beträge ein:

Kiel 677,14	Frankfurt 371,57	Matheln a. Rh. 250,99
Harmstedt 150,86	Hannover 124,—	Deubach 49,82
Sandhosen 47,54	Hagen i. W. 42,85	Nischwitz 17,10
Königsberg 146,80	Kaltberge 83,89	Seeitz 154,56
Alfeld 205,72	Stadtilm 87,82	Sommersfeld 81,66
Richte 124,26	Frankenthal 150,—	Kaibel 74,10
Hennsberg 50,—	Fahrt 200,—	Ludwigshafen 150,—
Brennen 40,—	Ostern 1,58	Landsberg 73,83
Mühlberg 10,50	Rägersdorf 136,87	Schmiedeberg i. R. 131,42
Caputh 20,—	Charlottenburg 0,40	Dresden 800,—
Abertstedt 146,06	Gartba 130,—	Jahna 67,20
Unterbach 40,28	Wroitzsch 136,—	Hannover 600,—
Altona-Elten 680,—	Kiel 300,—	Göpenitz 300,—
Sandhosen 250,—	Holzen 205,04	Kaiferslautern 200,—
Dufum 26,58	Krumm 1,50	Müchendorf 107,46
Sagard 24,92	Hörnberg 1009,60	Oberschönweide 645,—
Schiffel 400,—	Oberschönweide 229,—	Sameln 214,24
Rehlem 59,96	Wülfelsberg 5,90	Vampertberg 644,13
Hennsberg 11,19	Garburg 800,—	Braunshweig 611,45
Spandau 300,—	Weiseman 32,86	Waldheim 150,—
Schneeberg 260,—	Wilm- wärder a. d. S. 69,70	Obernitz 3,36
Wepzig 600,—	Mundenheim 150,—	Zeitz a. S. 89,30
Wismar 43,86	Eggen 0,44	Migeln 800,—
Friedrichstadt 56,30	Coswig (Anh.) 400,—	Altgadensteden 199,28
Langenfeld 150,—	Landsberg 100,—	Gr-Rönnan 80,08
Cheymitz 58,—	Kaltmitz D.-S. 60,—	Gröbenheim 26,16

Schluss: Dienstag, 13. Februar, mittags 12 Uhr.

**Zustimmung zur Erhebung eines Lokal-
beitrages haben erhalten:**

- Kolhermoor 5 Pf. pro Woche und Mitglied.
 - Nelzen 10 Pf. pro Monat und Mitglied.
- Wir teilen mit, daß wir besondere Lokalmarken zur Erhebung: 3 Beitragen nicht fänden, wohl aber Marken à 25 und 35 Pf., die wir zu 20 und 30 Pf. in Rechnung stellen.

Der Vorstand.
J. A.: Aug. Groy.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Buch Nr. 18585, ausgestellt auf den Namen Karl Säu-
ling aus Wiesel bei Götting am 1. März 1905.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

- Ammerdorf. Karl Gauer, Odenhof.
- Wuterkraft. August Kottmayer, Fußgängerheime-
straße 13.
- Nietleben. Ernst Baldeheim, Dackgasse 7.
- Oschke. Vertrauensmann: Otto Müller, Hospital-
straße 27 2 St.
- Schönningen. Karl Richter, Salzmanweg 14.

Eingegangene Zahlstellen.

Bayern.
Angeschlossen haben sich die Zahlstellen: Brandis und
Kammsdorf an Leipzig; Rosenheim an Kolhermoor;
Oberschönweide an Berlin; Lehmannen an Augsburg.

Gan 2.
Auf Wunsch berichten wir, daß die im Cambericht geschil-
derten Zustände in der Zahlstelle Benig vor der Zeit des jetzt
als Bevollmächtigter ernannten Kollegen bestanden haben.

Inserate.

Zahlstelle Nelzen.

Sonntag, den 13. Februar 1906, nachmittags 4 Uhr, im
Kassischen Saale: Versammlung. Sämtliche Mitglieder
sind gebeten, pünktlich zu erscheinen.
Die Bevollmächtigten.

Die Zahlstelle Ludwigshafen sucht zum 1. April 1906 einen
Beauftragten

Geschäftsführer.
Die Anstellung richtet sich nach dem Regulative für die Gewerkschaften.
Die Bewerber müssen bis zum 15. März eine Ver-
sicherung schriftlich einreichen, in welcher sie die Eignung eines
Zahlstellenleiters in einem Aufsätze schildern. Sie müssen min-
destens ein Jahr Mitglied des Verbandes, zu
schriftlichen Arbeiten und zur Unterhandlung mit Unternehmern
befähigt sein, auch rednerisch auftreten können.
1,80 Mt.]
Die Bevollmächtigten.

Die Zahlstelle Stuttgart-Cannstatt sucht einen
Lokalbeamten.

Die Bewerber haben eine schriftliche Arbeit über: „Die
Aufgaben eines Lokalbeamten“ einzureichen. Folgende Fragen
sind zu beantworten: 1. Die Aufgaben eines Lokalbeamten.
2. Wie muß agitiert werden und wie sind die gewonnenen
Mitglieder zu erhalten? 3. Wie muß bei Streiks und Lohn-
bewegungen vorgegangen werden?
Die Bewerber müssen mindestens zwei Jahre
in einer Organisation angehört und rednerisch be-
fähigt sein, so daß sie in ständiger und Agitationsversammlungen
und Vorträge abzuhalten. Bewerber müssen mit den so-
zialen Verhältnissen vertraut sein. Kenntnis der sozial-
politischen Bewegung ist erwünscht. Bewerbungen müssen
mindestens bis zum 3. März mit der Aufschrift „Bewerbung-
an Kassel Benig, Cannstatt, Rosenaustraße 81 a. l. St., ein-
gereicht werden. Die Anstellung erfolgt nach der Wahl der
Gewerkschaften.
3 Mt.]
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Antonsstraße 215. Geöffnet von 8-1 und 4-8 Uhr
Telephon: Amt 3, 938.

Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlungen

Für Norden:
bei M. Thies, Duffenstraße 40.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Schriftführers Vögler: „Die Ab-
stammung des Menschen.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Für West:
bei Pielcke, Waldstraße 8.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Karl Stripp: „Maxim
Gorki.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Ver-
schiedenes.

Für Süd-Ost:
behrens Festsäle, Mantelstraße 55.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Breslauer: „Konsum-
genossenschaften.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegen-
heiten. 4. Verschiedenes.

Für Ritzdorf:
bei Hennig, Bienenstraße 69.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Benig: „Die Kirche im
Dienste des Kapitalismus.“ 2. Diskussion. 3. Ver-
bandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

NB. Wir ersuchen die Kollegen, möglichst ihre Frauen zu
den vorstehenden Versammlungen mitzubringen.
6,10 Mt.]
Die Bezirksleitungen.

Achtung! Mitglieder von Breslau und Umg.

Unser Bureau und Arbeitsnachweis befindet sich ab
1. Februar 1906 Oberstraße 14, part. Dorthin sind zu
melden: Jede Arbeitsgelegenheit, welche von uns besetzt werden
kann; alle, auch nicht unterstützungsberechtigte Mitglieder, sowie
alle durch Krankheit erwerbslos gewordenen Kollegen, um zur
Aufnahme einer geordneten Statistik beizutragen. Das Bureau
ist geöffnet vormittags von 11-1 Uhr und nachmittags von
5-8 Uhr. Sonnabend nachmittag geschlossen. Sonntags zur
Erteilung von Nachauskunft und Annahme von Beiträgen
vormittags von 11-1 Uhr geöffnet.
Adressen der Bevollmächtigten: Fritz Joppich, Lanzenien-
straße 100, Wils. Senf, Ebbingstraße 9 II. Bureau und Arbeits-
nachweis Oberstraße 14, part.
7,65 Mt.]
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Eisenberg (S.A.).

Anmeldung und Auszahlung der Gewerkschaftsunterstützung
sind Vertrags nachmittags von 6 1/2-7 1/2 Uhr, Sonntags vor-
mittags von 9-11 Uhr zu erwirken. Auskunft in Verbands-
angelegenheiten wird in denselben Stunden erteilt. Kontroll-
meldungen haben vormittags von 10-12 Uhr zu erfolgen beim
Kollegen Schilb, Schorl 18.
1,25 Mt.]
Die Bevollmächtigten.

Misburg-Anderten.

Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Lokale
des Herrn Bartels, Friedenthal: Mitglieder-Versam-
mlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt
notwendig.
1,05 Mt.]
Die Ortsverwaltung Hannover.

Zahlstelle Neu-Szenburg.

Die Auszahlung der Gewerkschaftsunterstützung geschieht
nur Sonnabends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr in der Wohnung
des Kassierers Georg Schäfer, Frankfurterstraße 80.
Achtung! Achtung!

Zahlstelle Benig.

Den Mitgliedern zur gefl. Kenntnisnahme, daß die Aus-
zahlung der Gewerkschaftsunterstützung beim 1. Bevollmächtigten
Kollegen Berger, und zwar nur Sonntags vormit-
tags erfolgt. Dasselbe ist auch die Gewerkschafts-Meldung zu
bewirken.
1,35 Mt.]
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Schmiedeberg i. R.

Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, im
„Goldenen Schlüssel“: Unregelmäßige Mitglieder-
Versammlung. Tagesordnung: Vorschläge der Bevollmäch-
tigten und Revisoren. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder
ist notwendig.
1,35 Mt.]
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Spandau.

Sonabend, den 10. März 1906, bei Kumke:
VI. Stiftungsfest
verbunden mit Konzert, Gesang, humoristischen Vorträgen,
Beselung und Ball.
Programme à 25 Pf. sind bei den Hülfskassierern zu haben.
Anfang 8 Uhr.
Im zahlreichen Besuch öhnt
1,65 Mt.]
Das Komitee.

Etwas über die christliche Gewerkschaftsbewegung.

Immer sonderbarere Erscheinungen zeitigt die christliche Gewerkschaftsbewegung. Aus diesem Grunde halten wir es einmal für notwendig, dieselbe etwas näher zu beleuchten. Es ist nämlich eine alte Erfahrung, daß die Christlichen sich erst immer dann einfinden, wenn wir schon mit der Aufklärung angefangen oder gar schon gute Grundlagen für die Arbeiterbewegung geschaffen haben. Im Westen, in den Industrieregionen, haben sie nun durch ihre Tüchtigkeit abgewirtschaftet, und so kommen sie nun nach dem Osten, und zwar wieder dorthin, wo wir bereits feste Organisationen geschaffen haben. Würden diese Leute die ehrliche Bestrebung haben, die Interessen der Arbeiter wirklich zu vertreten, dann könnten wir sie gerne und wirklich willkommen heißen, denn auf die Organisationsformen kommt es ja nicht an, es handelt sich doch immer darum, ob die betreffende Organisation gewillt und imstande ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Aber auch hier haben wir wie im Westen die Erfahrung machen müssen, daß die Christlichen nur gekommen sind, um die Einigkeit der Arbeiter zu stören und Arbeiterverrat zu predigen. Wenn wir uns nun die sogenannten „Führer“ dieser christlichen Gewerkschaften etwas näher ansehen, so kann man es ihnen nicht übel nehmen, denn sie sind abhängig von ihren Brotgebern und müssen so arbeiten, wie es dieselben haben wollen, und hier sind wir auf dem Kernpunkte angelangt. Die Gönner und Brotgeber sind die Arbeitgeber, die Geistlichkeit und eine aus Junkern, Grafen und konservativen Prozen zusammengesetzte Korporation, nämlich der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Von letzterem beziehen diese Angestellten den nicht zu kleinsten Teil ihres Einkommens und müssen sich verpflichten, sämtliche von demselben herausgegebenen Sudel- und Schmähchriften zur Verbreitung gelangen zu lassen. In Bromberg ist auch schon eine, in Berlin auf's Biegen und Verdrehen abgerichtete „agitatorische Kraft“ angelangt. Derselbe bezieht einen Teil seines Gehalts vom obengenannten Reichsverband, einen zweiten Teil von der konservativen und Palastistenpresse, für die er die sogenannten Dekartikeln schmieren muß, und den letzten Teil von den Arbeitgebern eingerichteten Rechtsauskunftsbureaus fungiert, in Wirklichkeit aber nur eine vorgeschobene Person ist, die den Winken ihrer Brotherrn folgen und hören muß.

Ueber seine Vergangenheit bewahrt er — wohl aus guten Gründen — Stillschweigen. Nur so viel wissen wir, daß er seinerzeit einen Streikbruch in Berlin sanktioniert hat. Sein erstes Werk in Bromberg war, die streikenden Klempner, die jeden Tag ihren Kampf gewinnen konnten, durch alle möglichen Vorpiegelungen zum Streikbruch zu bewegen. Nachdem nun durch diesen Streikbruch die Klempner gezwungen worden, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen, mußten dieselben aus der Organisation austreten und Herr Krug (so ist sein Name) mußte dieses bestätigen, der Obermeister der Klempner verlangte es so. — Aber auch für die Behörde bewährt er sich ganz gut. Als nämlich einer unserer Kollegen zu einer Versammlung die Plakate (Einladungen) an einen Baum klebte, wurde er von Krug gesehen und angezeigt und wurde unser Kollege zu 3 Mt. Geldstrafe verurteilt. Auch anlässlich der Flugblattverbreitung zum Protest gegen das Dreiklassenwahlrecht hat er mit seinen Anhängern vorzügliche Nachsichtendienste getan, wurde aber von einem Kollegen, der auf die Polizeiwache fixiert war, dabei betroffen, was ihm wohl nicht besonders angenehm war, denn er wechselte sofort seine Gesichtsfarbe. Also wie in Russland erleben diese sauberen Leute die sogenannten „schwarzen Banden“. In einer Versammlung, in welcher ihm die schmutzige Arbeiterverräterei vorgeworfen wurde und wo er durch einen geschickt gemachten Zwischenruf gereizt, zur Antwort gezwungen wurde, sagte er mit dem Ton der Erhabenheit die bewundernswürdigen Worte: „Ja, meine Herren, ich beziehe mein Gehalt nicht, wie Sie, von den Arbeitern, sondern von anderer Stelle, und danach muß ich meine Arbeit machen.“ Das sind so die Grundrisse der christlichen Arbeitervertretung. Unter dem Deckmantel der christlichen Liebe, mit dem einen Auge „andachtsvoll“ gen Himmel sehend und mit dem anderen forschend, ob die Worte und Taten den Arbeitgebern auch gefallen oder etwa mißfallen, wird die Agitation und die Werbung „echt deutscher Arbeiter“ betrieben. Das Schlagwort „sozialdemokratisch“ und Lügen nebst Verleumdungen, daß selbst der indifferente Arbeiter daran Zweifel hegt, sind die sauberen Waffen. Meldet ein Arbeiter in diesem Rechtsbureau irgend welche Mißstände in seinem Betriebe zwecks Abhilfe, so weiß am anderen Tage der Arbeitgeber schon den Namen des Angebers. Er sagt es denn auch das Schicksal, daß, wenn dem Arbeiter endlich der Schleier von den Augen fällt, und er endlich müde wird des Glaubens und Hoffens, er

diesen Beuten den Rücken lehrt. Die Arbeitgeber kennen also diese Herren, und bereitwillig kommen sie in Sachen der Werbung von Mitgliedern diesen liebevoll und gern entgegen. Es ist ja auch Tatsache, wenn diese Christlichen es einmal wagen würden, irgend eine Aufbesserung ihrer Lage anzustreben, dann würden dieselben noch schwerer belächelt werden wie die freien Gewerkschaften, weil erstere ja doch erst mit Hilfe der Unternehmer ihre Stärke erlangt haben und die letzteren sehen würden, daß sie sich selbst eine Krute auf den Hintern gebunden haben.

Die Kerntruppen dieser christlichen Gewerkschaftsspieler sind denn auch ehemalige Streikbrecher und Kollegen, die wegen ehrenrühriger Handlungsweise aus unseren Verbänden ausgeschlossen sind und um die wir sie auch nicht beneiden und sie ihnen gönnen, denn „gleich und gleich gesellt sich gern.“ Die ehrlich denkenden und sich um das Wohl ihrer Familie kümmernden Arbeiter werden sich es nunmehr wohl sagen, daß diese Leute kein Recht haben, sich Arbeitervertreter zu nennen, sondern es sind Arbeiterverräter. Sie wollen keinen Klassenkampf, sie predigen Zufriedenheit und kümmern sich nicht darum, ob der Arbeiter von seinem erbärmlichen Lohn eine Familie ernähren kann oder ob er vor Hunger auf der Arbeitsstelle zusammenbricht. Wir sagen es unseren Arbeitern, und diese wissen es: Ihr sollt nicht blindlings glauben, sondern denken! Ob katholisch, ob evangelisch, ob Jude oder einer anderen Religionsgemeinschaft angehörend, ob deutsche oder polnische Sprache sprechend, wir haben alle Interesse an der Verbesserung unserer Lage und der Erbringung der Möglichkeit, unsere Familie nicht hungern zu sehen, sondern dieselbe anständig zu ernähren. Unseren Kindern sind wir es schuldig, die bei der heutigen langen Arbeitszeit ihren Vater bald nicht mehr kennen. Unternehmerinteressen und Arbeiterinteressen sind zwei Dinge, die sich vertragen wie Feuer und Fett. Diese Worte mögen sich alle Arbeiter und insbesondere die Bromberger Arbeiter merken!

Wirtschaftliche Rundschau.

Wiederherabsetzung des Reichsbankdiskonts. — Kleinere Banknoten und Verbesserung der deutschen Zahlungsmethoden (Scheck). — Sparkassengelder und Reichs- und Staatsanleihen. — Statistik der Lebensmittelpreise. — Feuerungsanlagen des Kapitals.

Die Reichsbank hat am 18. Januar ihren Diskont wieder um 1 Prozent (von 6 auf 5 Prozent) herabgesetzt, da der Verkehr, nach den starken Zahlungsaussparungen des Jahresendes, wie gewöhnlich große Geldmengen in die Bank zurückfließen ließ. Nach dem Ausweis vom 6. Januar war die Bank noch immer mit einem erheblichen Betrag in der Notensteuer (mit 152,7 Millionen Mark); dagegen verfügte sie am 18. Januar bereits wieder über eine Feuerfreie Kassenreserve von 77,6 Millionen Mark, am 23. Januar über eine Reserve von 209,7 Millionen Mark. Die Anspannung der Bank ist aber immer noch wesentlich größer wie im vorigen Jahre, so daß der Wertenerkung des Reichsbankdiskonts vorläufig nur die schärfsten und unentgeltlichsten Spitzen abgebrochen sind.

Eine etwas freiere Bewegung und eine gewisse Verstärkung ihres Metallbestandes erhofft die Bankleitung bekanntlich von dem Segenwurf, die Ausgabe kleinerer Banknoten (von 50 und 20 Mt.) betreffend, während bisher Banknoten auf Beträge von weniger als 100 Mt. nicht ausgefertigt werden durften und die umlaufenden „Reichskassenscheine“ von 5, 20 und 50 Mark auf einen bestimmten Gesamtbetrag (sämtlich 120 Millionen Mark) beschränkt blieben. Da natürlich die neuen kleinen Noten gleichfalls die gewöhnliche, gefällig vorgeschriebene Bedeckung finden sollen, so mag der metallische Grundcharakter des deutschen Geldumlaufes von dem neuen Vorschlag nicht allzu tief beeinflußt werden und im wesentlichen nur die Bankleitung eine größere Elastizität gewinnen, indem sie für Verlehrswecke Metall und Papier freier nach ihren Bedürfnissen einsetzen, vermehren oder vermindern kann. Zusammen hat die härtere Bemessung des alltäglichen Kleinverkehrs an „Zettelgeld“ ihre Schattenseiten und Bedenken, so daß das Schicksal des Entwurfes im Reichstage noch immer unklar ist — im Vorjahre blieb der Entwurf unerledigt liegen.

Um so lebhafter gefaßt sich, mit vollem Rechte, von neuem die Erörterung verbesserter, metallischer Zahlungsmethoden, wie des Scheckverkehrs (der Zahlung durch Anweisung auf ein bestehendes Bankguthaben, in Österreich sogar durch Ab- und Zuschreibungen bei den Postsparkassen). Zweifellos hat hier das deutsche Geschäftsleben noch vieles nachzuholen und jeder Fortschritt auf diesem Gebiete würde Metallgeld, das bisher im gewöhnlichen Umlauf gebunden war, freisetzen und den Banken zugänglicher machen. Möglich, daß die empfindliche dauernde Höhe des deutschen Bankzinsjahres manche Verbesserungen in dem üblichen geschäftlichen Zahlungsverwejen erzwingt und beschleunigt.

Nicht unbeachtet sollte man ferner den Vorschlag der preussischen Regierung lassen: die öffentlichen Sparkassen zu zwingen, von ihrem verzinstlich angelegten Vermögen mindestens 30 Prozent in mündelbaren Inhaberpapieren, und zwar wenigstens die Hälfte davon in Reichs- und Staatsanleihen anzulegen. Es soll dadurch der allzu weitgehenden Ausleihung der Sparkassengelder auf Hypotheken vorgebeugt und zugleich den Reichs- und Staatsanleihen ein besserer und ruhigerer Kurs verschafft werden — besser, weil der Markt, die Nachfrage für die Staatspapiere sich ausdehnt — ruhiger, weil die Papiere mehr in feste Hände gelangen. Als Sparkassensparen kann das den Arbeitern recht oder doch gleichgültig sein. Als Steuerzahler leiden die Arbeiter sogar, wenigstens heute, wo Ausgaben und Einnahmen über ihre Köpfe hinweg in Reich und Staat beschliffen werden, unter der schlechten Unterbringung der öffentlichen Anleihen: die Kursverluste und die allzu hohen Zinsaufwände müssen sie durch verhältnismäßige Mehrleistungen an Steuern mit

ausgleichen helfen. Endlich kommen die Arbeiter noch in einer dritten Beziehung in Betracht: als Käufer von Staatspapieren, vor allem in ihren großen Versicherung- und Gewerkschaftsorganisationen, deren Vermögens- und Kassenbestände heute schon enorm sind und mit der Zeit immer mehr anschwellen müssen. Die brauchte an sich die Höhe des Zinses schließlich keine Rolle zu spielen; mühte man sich augenblicklich größerem Geldbedarf ein Anlagepapier zu niedrigerem Kurse abzuholen, so hätte man umgekehrt das Papier vorher entsprechend billiger erworben, als man die zeitweilig überflüssigen Geldwerte in Staatspapieren anlegte. Für die englischen Hilfsklassen (Friendly Societies) und Trade Unions haben wir zum Teil genaue Statistiken, zum Teil genügende Anhalte, wie man die verfügbaren Gelder und Vermögensbestände unterzubringen pflegt. In Deutschland mit seiner unklaren und unentwickelten Marktstellung der Arbeiter-Versicherer tappen wir, meines Wissens, auf diesem Gebiete noch sehr im Dunkel der Verschwiegenheit und des Geheimnisses herum. Soweit jedoch auch hier Vermögens- und Einnahmen periodisch ihren Ausschlag aus Geld in Staatspapieren, und später wieder aus Staatspapieren in Geld vollziehen, haben die Arbeiter ein Interesse an möglichst stetigem Kurse. Wir rühmten uns wohl früher einmal im Reichstage, wie die Parteiführer an den Kurschwankungen der Reichsanleihen — durch Erwerb bei niedrigeren Kursen, durch Verkauf oder doch jederzeit möglichen Verkauf bei hoher Notierung — gewonnen habe; aber ebenso leicht und ebenso oft kann das Umgekehrte eintreffen und zu Verlusten führen; die Stabilität wäre deshalb für solche Zwecke das wünschenswerteste. Man kann also dem preussischen Vorgehen ohne Erregung und mit Aufmerksamkeit auch von unserer Seite folgen. Besondere Erwartungen braucht man jedoch gleichfalls nicht zu hegen; so lange die heute herrschende Politik Schulden auf Schulden häuft, wird die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinter den Anforderungen der Reichskassenträger und Staatsfinanzminister zurückbleiben. Die größere Nachfrage seitens der Sparkassen bedeutet da nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Die Kurschwankungen (bei der 3 proz. Reichsanleihe zwischen 100,30 im Jahre 1895 und 82,75 im Jahre 1891, bei der 3 1/2 proz. Reichsanleihe zwischen 92,75 im Jahre 1900 und 105,70 im Jahre 1896) werden sich kaum besonders verringern.

Daß der Preisstand aller wichtigen pflanzlichen und tierischen Lebensmittel im Jahre 1905 ein außerordentlich hoher war, gesteht selbst der „Reichsanzeiger“ (bezw. die preussische amtliche „Statistische Korrespondenz“) unumwunden ein. Es heißt da für ganz Preußen wörtlich: „Die Durchschnittspreise des Jahres 1905 setzten im Vergleich mit denen des Jahres 1904 bei allen Versorgungsmitteln, mit Ausnahme der Kartoffeln und des Weizenmehls, in der Mehrzahl erhebliche Preissteigerungen. Die Preise für Roggen, Gerste und Hafer sind auf allen Märkten, ausgenommen Sachen bei der Gerste, zum Teil recht erheblich gestiegen, während für Weizen hauptsächlich nur im Westen (das sind aber doch gerade die zuzuführenden industriellen Bezirke) höhere Preise zu zahlen waren, wogegen in den östlichen Provinzen auch mehrfach Preisrückgänge zu verzeichnen sind. Von den verschiedenen Fleischsorten erfuhr das Schweinefleisch die bedeutendste Preissteigerung. Es beträgt in Breslau 39, in Ostlich 34, in Kiel 31, in Koblenz 30, in Danzig und Halle a. S. 29, in Jena 27, in Hannover und Lachen 26, in Kassel, Bromberg, Frankfurt a. O. und Reg 25, in Königsberg i. Pr. und Berlin 23, in Posen und Stettin 22, in Rastatt 19, in Straßburg 18, in Osnabrück 17, in Magdeburg 16, in Paderborn 13 und in Trier 12 Pf. Eine Uebersicht der Preisbewegung der verschiedenen Fleischsorten in den letzten 10 Jahren zeigt, daß im Durchschnitt 1 Kilogramm

Kalenderjahr	Rindfleisch (Kuhle)	Schweinefleisch (Schank)	Kalb- fleisch	Lamm- fleisch	Gammel- fleisch
1905	151	129	156	153	148
1904	143	121	132	144	141
1903	142	121	139	143	140
1902	140	119	150	139	137
1901	138	118	141	135	131
1900	136	116	132	133	130
1899	135	115	134	133	128
1898	135	116	139	131	127
1897	134	113	132	128	125
1896	134	113	132	126	122

Wennige kostete.“ So der „Reichsanzeiger“ selber. Alle angeführten Fleischsorten haben, seit 10 Jahren, ihren höchsten Preis erreicht, und diese Wertenerkung des Lebensunterhalts ist für die Arbeiter um so empfindlicher, als ihr schon zwei bis drei Jahre verhältnismäßig hohen Preisstandes der Fleischnahrung vorangegangen waren — Jahre, in denen zum Teil noch die Krisis den Lohn drückte, während selbst heute noch immer den Arbeitern der Lohnkampf, zum Ausgleich der Konsumverteilung, erschwert und unklar gemacht wird.

Zum Troste mögen sich die Arbeiter dienen lassen, daß das Kapital mit seinen „Feuerungsanlagen“ um so mehr Erfolg hat. Es bürgert sich nämlich im Geschäftsleben immer mehr die Praxis ein, den weniger sympathieerweckenden Ausbruch Preissteigerung zu vermeiden; man weiß lieber auf die gesteigerten Auslagen hin und fordert weiter nichts wie „Feuerungsanlagen“. Die Industrie, heißt es soeben nach in einer Börsenrundschau, „steht gegenwärtig in diesem Zeichen. Preissteigerungen dieser Art sind neuerdings wiederholt aus einer ganzen Reihe von Produktionszweigen, so aus der Leder-, der Wapp- und besonders der Elektrizitätsindustrie, gemeldet worden. In der Elektrizitätsindustrie, deren Produktion durch die Rekordpreise für Kupfer und Blei stark getrieben wird, begannen die Feuerungsanlagen mit einer 10prozentigen Preissteigerung für Fabrikate der Schwachstromabteilungen. Ihm folgte ein ebenso hoher für Starkstromfabrikate, der neuerdings um weitere 5 Prozent heraufgesetzt worden ist. Dieser Begriff des Feuerungsanlasses bedeutet eine Vereinerung der wirtschaftlichen Terminologie. Bisher war in Verbindung mit dem Worte Feuerung mehr von Zulagen für Arbeiter und Besuche die Rede gewesen. Nunmehr wird in diesem Zusammenhang auch von Zulagen auf Fabrikate gesprochen. Die Preissteigerung erweckt leicht den Eindruck einer Plusmacherei, die nicht durch die Wertenerkung der Produktion verursacht wird. Der neugewählte Ausdruck bringt den Grund der Preissteigerung ungewöhnlich zum Ausdruck. Zugleich liegt in dem Begriff Feuerungsanlass Ausgedrück, daß seine Urheber nicht weitere Voraussetzungen, sondern im Gegenteil die Befestigung der Zulagen wünschen, wenn erst die Produktion von der Feuerung befreit ist, die zu den Zulagen Anlaß gegeben hat.“ Man sieht, es kann dem Kapital niemals fehlen. Erregt die „Preissteigerung“ Anstoß, so geht die „Feuerungsanlage“ um so leichter ein. Daß sie freilich gewöhnlich etwas reichlicher ausfällt, als zum bloßen Ausgleich der gestiegenen Produktionskosten nötig ist, beweisen die überall steigenden Profite und Dividenden. Endlich wird die vorübergehende Erscheinung meist zur dauernden; von der „gewünschten“ Wiederbeseitigung hat man kaum je etwas gehört. Vielmehr sieht man sich mit

Korrespondenzen.

Berlin. In der hier beschriebenen Hauptversammlung konnte Bruns wiederum eine erfreuliche Weiterentwicklung der Organisation konstataren. Die Zahlstelle hat in Berlin gegenwärtig rund 3500 Mitglieder, darunter 275 weibliche. Dazwischen kommen noch ca. 1400 Mitglieder des Bezirks Schöneberg-Johannisthal, die sich zu Neujahr der Berliner Zahlstelle angeschlossen haben, so daß mit einer Mitgliederzahl von rund 5000 zu rechnen ist. Der Bevollmächtigte hegte die Hoffnung, daß auch in den übrigen Zahlstellen der nächsten Berliner Umgebung die Einsicht von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit der Zahlstelle Berlin wachsen dürfte, weil bei großen Lohnbewegungen oder Auspersungen die Eingetragenen des Vorgehens durch die bisherige Zersplitterung zu sehr beeinträchtigt werde. Den besten Beweis hierfür habe die Auspersung in der Elektroindustrie geliefert. So wie fast alle übrigen Verbände, die Zusammenschlüsse der Organisation über Groß-Berlin zustande gebracht haben, mußte es auch der Fabrikarbeiter-Verband tun. Durch rastlose Agitation sei es gelungen, nicht nur in den Sammelbetrieben, sondern auch in den Textil-, Zigarren-, Seiden-, Strick-, Glas-, Glühlampen- und chemischen Fabriken die Organisation hineinzutragen und zu befestigen. Schöne Ergebnisse konnten unsere Kollegen in einzelnen Fabriken in Bezug auf Lohnverhältnisse erzielen. So bei der Firma Holzant eine Stundenloohnerhöhung von 2-3 Pf. In der Kornbrennerei-Müller eine Lohnzulage von 1 Mk. pro Woche. In den Zigarrenwerken Marienthal einen Anfangslohn von 32 Pf. pro Stunde, steigend pro Jahr um 4 Pf. bis zu 50 Pf. pro Stunde. Eine Reduktion der Arbeitslöhne bis zu 75 Prozent mußten die Gummiarbeiter im Siemens-Schuckert-Werk zurückweisen. Durch die Auspersung in der Elektro-Industrie wurden auch die Gummiarbeiter in Mitleidenschaft gezogen, so mußte bei den Firmen Dr. Casseler und Abler Streitarbeit zurückgewiesen werden. Nichts ist aus Solidarität mit den Elektro-Plantagen wurden in Niederkerke 100 Mann ausgesperrt. Ein eigenartiges Verhältnis herrscht in der Zigarrenfabrik Refag. Hier wird jedem Arbeiter 10 Prozent von Löhne einbehalten, welches am Schluß des Jahres auszahlt werden soll, was jedoch nicht erfolgt. Weiter läßt hier die Organisation zu wünschen übrig. Bei Vergemann, Elektrotechnik-Firma, konnte die Arbeiterschaft den Meinungsstand durchzuführen, eine Forderung der U-Verbanden von 10 Prozent wurde ihnen gewährt, jedoch soll zu dieser Frage von neuem Stellung genommen werden. Streikend ist die Industrie der Glühlampen immer noch eine sehr große, doch auch diese Schwierigkeiten dürften nach und nach überwunden werden, je größer der Stimm der beteiligten Personen wird, die den Organisationsgedanken beizubringen haben. Gerade in diesen Industriezweigen bietet sich der Verbändeaufbau noch ein weites Arbeitsfeld. Eine scharfe Kritik übte Bruns jedoch am dem Verhalten des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes. Derselbe hat eine Sektion der Arbeiter innerhalb der Elektro-Industrie gegründet. In jeder Lohnbewegung, die unsere Mitglieder mit Erfolg durchzuführen haben, werden in Nr. 27 des "Courier" als von ihm geführt hingehört. Eine Beschwerde gegen diese Handlungsweise ist bei der Gewerkschaftskommission eingereicht worden. Eine Resolution gegen diesen Verband wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit der Tätigkeit des Verbandes einverstanden. Bemängelung wurde jedoch, daß der Vorstand die im vorigen Vierteljahrige jährliche Generalversammlung hatte ausfallen lassen, wodurch den Mitgliedern die Gelegenheit genommen war, sich im größeren Kreise über die Taktik und die Zeichen bei der Kampfrichtung in der Elektroindustrie auszusprechen. Der Ausschuss ist vom zweiten Halbjahre 1905 misßlich für die Hauptkasseneinnahme der Einnahmen und Ausgaben in der Summe von 2322,45 Mk. nach. Die Einnahme der Kassalbeit betrug sich auf 12819,33 Mk., der eine Ausgabe von 4911,60 Mk. gegenübersteht. Es verbleibt am Orte somit ein Bestand von 10907,73 Mk. Da die Ueberwälte der ehemals städtischen Arbeitslohnunterstützung für die Kassalasse überwiegen sind, so wurde beschlossen, allen Mitgliedern der Zahlstelle, die 52 Wochen im Verbande nachgehört, aus lokalen Mitteln einen Zuschlag zur Streikunterstützung von zwei Mark pro Woche zu zahlen. Die hierzu folgenden Beschlüsse wurden ergangen. Die hierzu folgenden Beschlüsse wurden ergangen. Die hierzu folgenden Beschlüsse wurden ergangen. Die hierzu folgenden Beschlüsse wurden ergangen.

Berlin. Am 11. Januar tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im "Höriger Hof". Nachdem ein neues Mitglied aufgenommen, erklärte Kollege Gagner dem Vorstand und den Kassierern pro 4. Quartal 1905. Die Zahl der aktiven Mitglieder ist 333, die der weiblichen 12. Die alte Liste ist wurde auch in diesem eine Kronen-Lohnbewegung gewählt, welche alle Betriebe umfaßt und die die Aufgabe obliegt, über die bestehenden Lohnverhältnisse nachzugehen und zu verbessern, soweit bestehende Verhältnisse befähigen zu helfen. Um die Geschlossenheit unter den Mitgliedern mehr zu pflegen, wird beschlossen, im Laufe des Jahres mehrere Untergruppen von Handwerkerbetrieben zu veranstalten. Ueber die Gewerkschaftsunterstützung entstand sich eine recht rege Debatte. Da unsere Mitgliederzahl am Orte mehr zunehmen soll, wurde beschlossen, in nächster Zeit eine kritische Untersuchung zu veranstalten. Es werden die Kollegen ersucht, für recht zahlreich daran zu beteiligen.

Essen. Am Sonntag, den 27. Januar, hielt die hiesige Mitglieder-Versammlung ihre erste Mitgliederversammlung im "Luisenpark". Die Zahl der Mitglieder ist auf 1000 gestiegen. Die Mitglieder-Versammlung wurde durch einen Vortrag des Kassierers über die Tätigkeit der Zahlstelle im Laufe des Jahres eröffnet. Der Kassierer berichtete über die Tätigkeit der Zahlstelle im Laufe des Jahres. Die Mitglieder-Versammlung wurde durch einen Vortrag des Kassierers über die Tätigkeit der Zahlstelle im Laufe des Jahres eröffnet. Der Kassierer berichtete über die Tätigkeit der Zahlstelle im Laufe des Jahres.

Abrechnung vom 4. Quartal 1905, die zu Beanstandungen keinen Anlass gab. Dann kamen die Bevollmächtigten und Mitglieder der Zahlstelle, die den Bericht über die Tätigkeit der Zahlstelle im Laufe des Jahres abgab. Die Zahlstelle hat in Berlin gegenwärtig rund 3500 Mitglieder, darunter 275 weibliche. Dazwischen kommen noch ca. 1400 Mitglieder des Bezirks Schöneberg-Johannisthal, die sich zu Neujahr der Berliner Zahlstelle angeschlossen haben, so daß mit einer Mitgliederzahl von rund 5000 zu rechnen ist.

Stettin. In unserer am 14. Januar, tagenden Hauptversammlung wurde die Arbeitsbeschäftigung auf der Fabrik besprochen. Schon in den vergangenen Jahren habe man versucht, organisiert Arbeiter zu entlassen. Inzwischen ist es gelungen, in anderen Fälle war es dem stammligen. Besondere Vorteile, der Kollegen möglich, zu haben, daß die Entlassung zur Unterstützung kam. Nach Weihnachten glaubte man, den Zeitpunkt für gekommen, organisiert Arbeiter los zu werden. Ein Tag vor Weihnachten erhielt die Zahlstelle, dass die Entlassung mit der Bemerkung, sie würden per Karte eingeladen, wenn sie gebraucht werden. Vor Weihnachten war nach an vier Sonntagen gearbeitet worden. Eine Betriebsversammlung beschloß, die Arbeit nicht aufzunehmen, wenn nicht die in Arbeit treten; die in dem Betriebe beschäftigt waren. Als am 2. Januar der Kollege Beder vorstellte, wurde mit dem Leiter der Fabrik zu verhandeln, erklärte dieser Herr: "Sie, Herr Beder sind mir gänzlich fremd und mit fremden Vätern verhandele ich nicht! Auch unsere Arbeiter sind entlassen und somit als fremde Leute zu betrachten." Daraufhin im nächsten Abend, und damit es nicht zum Vorhanden kommen sollte, verließ Kollege Beder mit dem Chef, der Fabrik, Herrn Stahlberg, selber zu verhandeln. Beim Bureauvorsteher angelangt, erklärte dieser: "Herr Stahlberg, Sie sind nicht zu sprechen, jedoch wird aus dieser nichts weiter sagen als sein Vertreter." Alle Versuche, von anderen Organen des Unternehmens geschickt und Arbeiter besandene sich auf dem Straßenpflaster. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, ging daraus hervor, daß man den Arbeitern vorzuziehen versuchte, Kollege Beder solle ihm den Leiter, erklärt haben, an Unterstützung von seiten der Organisation sei nicht zu denken. Dann wurde das Verhalten der Polizei kritisiert. In der Diskussion stellte der Kollege Schneider die Behauptung auf, durch Verschulden des Kollegen Beder sei der Streik verloren gegangen. Wieselhütter, Buchholz und Beder sind anderer Ansicht. Der Streik sei verloren gegangen wegen des unvorsichtigen Verhaltens von 19 Kollegen, deren Ausschluß auch beantragt wurde. (Und wir sind noch anderer Ansicht) und zwar der, daß der Streik gar nicht gewonnen werden konnte! Dazu waren die Organisationsverhältnisse zu mangelhaft, vor Jahreszeit und Beschäftigung; ganz abgesehen. Von über 60 Streikenden waren nur 10 über 6 Monate organisiert, alle übrigen noch viel kürzere Zeit. Viele sind erst eingetreten, als der Streik beschlossen wurde. Wer unter solchen Umständen eine Arbeitsbeschäftigung mit Inkenntnis, daß nichts anderes erwarteten als eine Niederlage! D. M. J. Nach der Wahl des Parteidelegierten und einem aufmunternden Schlusswort des Kollegen Beder wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. In unserer am 14. Januar, tagenden Hauptversammlung wurde die Arbeitsbeschäftigung auf der Fabrik besprochen. Schon in den vergangenen Jahren habe man versucht, organisiert Arbeiter zu entlassen. Inzwischen ist es gelungen, in anderen Fällen war es dem stammligen. Besondere Vorteile, der Kollegen möglich, zu haben, daß die Entlassung zur Unterstützung kam. Nach Weihnachten glaubte man, den Zeitpunkt für gekommen, organisiert Arbeiter los zu werden. Ein Tag vor Weihnachten erhielt die Zahlstelle, dass die Entlassung mit der Bemerkung, sie würden per Karte eingeladen, wenn sie gebraucht werden. Vor Weihnachten war nach an vier Sonntagen gearbeitet worden. Eine Betriebsversammlung beschloß, die Arbeit nicht aufzunehmen, wenn nicht die in Arbeit treten; die in dem Betriebe beschäftigt waren. Als am 2. Januar der Kollege Beder vorstellte, wurde mit dem Leiter der Fabrik zu verhandeln, erklärte dieser Herr: "Sie, Herr Beder sind mir gänzlich fremd und mit fremden Vätern verhandele ich nicht! Auch unsere Arbeiter sind entlassen und somit als fremde Leute zu betrachten." Daraufhin im nächsten Abend, und damit es nicht zum Vorhanden kommen sollte, verließ Kollege Beder mit dem Chef, der Fabrik, Herrn Stahlberg, selber zu verhandeln. Beim Bureauvorsteher angelangt, erklärte dieser: "Herr Stahlberg, Sie sind nicht zu sprechen, jedoch wird aus dieser nichts weiter sagen als sein Vertreter." Alle Versuche, von anderen Organen des Unternehmens geschickt und Arbeiter besandene sich auf dem Straßenpflaster. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, ging daraus hervor, daß man den Arbeitern vorzuziehen versuchte, Kollege Beder solle ihm den Leiter, erklärt haben, an Unterstützung von seiten der Organisation sei nicht zu denken. Dann wurde das Verhalten der Polizei kritisiert. In der Diskussion stellte der Kollege Schneider die Behauptung auf, durch Verschulden des Kollegen Beder sei der Streik verloren gegangen. Wieselhütter, Buchholz und Beder sind anderer Ansicht. Der Streik sei verloren gegangen wegen des unvorsichtigen Verhaltens von 19 Kollegen, deren Ausschluß auch beantragt wurde. (Und wir sind noch anderer Ansicht) und zwar der, daß der Streik gar nicht gewonnen werden konnte! Dazu waren die Organisationsverhältnisse zu mangelhaft, vor Jahreszeit und Beschäftigung; ganz abgesehen. Von über 60 Streikenden waren nur 10 über 6 Monate organisiert, alle übrigen noch viel kürzere Zeit. Viele sind erst eingetreten, als der Streik beschlossen wurde. Wer unter solchen Umständen eine Arbeitsbeschäftigung mit Inkenntnis, daß nichts anderes erwarteten als eine Niederlage! D. M. J. Nach der Wahl des Parteidelegierten und einem aufmunternden Schlusswort des Kollegen Beder wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. In unserer am 14. Januar, tagenden Hauptversammlung wurde die Arbeitsbeschäftigung auf der Fabrik besprochen. Schon in den vergangenen Jahren habe man versucht, organisiert Arbeiter zu entlassen. Inzwischen ist es gelungen, in anderen Fällen war es dem stammligen. Besondere Vorteile, der Kollegen möglich, zu haben, daß die Entlassung zur Unterstützung kam. Nach Weihnachten glaubte man, den Zeitpunkt für gekommen, organisiert Arbeiter los zu werden. Ein Tag vor Weihnachten erhielt die Zahlstelle, dass die Entlassung mit der Bemerkung, sie würden per Karte eingeladen, wenn sie gebraucht werden. Vor Weihnachten war nach an vier Sonntagen gearbeitet worden. Eine Betriebsversammlung beschloß, die Arbeit nicht aufzunehmen, wenn nicht die in Arbeit treten; die in dem Betriebe beschäftigt waren. Als am 2. Januar der Kollege Beder vorstellte, wurde mit dem Leiter der Fabrik zu verhandeln, erklärte dieser Herr: "Sie, Herr Beder sind mir gänzlich fremd und mit fremden Vätern verhandele ich nicht! Auch unsere Arbeiter sind entlassen und somit als fremde Leute zu betrachten." Daraufhin im nächsten Abend, und damit es nicht zum Vorhanden kommen sollte, verließ Kollege Beder mit dem Chef, der Fabrik, Herrn Stahlberg, selber zu verhandeln. Beim Bureauvorsteher angelangt, erklärte dieser: "Herr Stahlberg, Sie sind nicht zu sprechen, jedoch wird aus dieser nichts weiter sagen als sein Vertreter." Alle Versuche, von anderen Organen des Unternehmens geschickt und Arbeiter besandene sich auf dem Straßenpflaster. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, ging daraus hervor, daß man den Arbeitern vorzuziehen versuchte, Kollege Beder solle ihm den Leiter, erklärt haben, an Unterstützung von seiten der Organisation sei nicht zu denken. Dann wurde das Verhalten der Polizei kritisiert. In der Diskussion stellte der Kollege Schneider die Behauptung auf, durch Verschulden des Kollegen Beder sei der Streik verloren gegangen. Wieselhütter, Buchholz und Beder sind anderer Ansicht. Der Streik sei verloren gegangen wegen des unvorsichtigen Verhaltens von 19 Kollegen, deren Ausschluß auch beantragt wurde. (Und wir sind noch anderer Ansicht) und zwar der, daß der Streik gar nicht gewonnen werden konnte! Dazu waren die Organisationsverhältnisse zu mangelhaft, vor Jahreszeit und Beschäftigung; ganz abgesehen. Von über 60 Streikenden waren nur 10 über 6 Monate organisiert, alle übrigen noch viel kürzere Zeit. Viele sind erst eingetreten, als der Streik beschlossen wurde. Wer unter solchen Umständen eine Arbeitsbeschäftigung mit Inkenntnis, daß nichts anderes erwarteten als eine Niederlage! D. M. J. Nach der Wahl des Parteidelegierten und einem aufmunternden Schlusswort des Kollegen Beder wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. In unserer am 14. Januar, tagenden Hauptversammlung wurde die Arbeitsbeschäftigung auf der Fabrik besprochen. Schon in den vergangenen Jahren habe man versucht, organisiert Arbeiter zu entlassen. Inzwischen ist es gelungen, in anderen Fällen war es dem stammligen. Besondere Vorteile, der Kollegen möglich, zu haben, daß die Entlassung zur Unterstützung kam. Nach Weihnachten glaubte man, den Zeitpunkt für gekommen, organisiert Arbeiter los zu werden. Ein Tag vor Weihnachten erhielt die Zahlstelle, dass die Entlassung mit der Bemerkung, sie würden per Karte eingeladen, wenn sie gebraucht werden. Vor Weihnachten war nach an vier Sonntagen gearbeitet worden. Eine Betriebsversammlung beschloß, die Arbeit nicht aufzunehmen, wenn nicht die in Arbeit treten; die in dem Betriebe beschäftigt waren. Als am 2. Januar der Kollege Beder vorstellte, wurde mit dem Leiter der Fabrik zu verhandeln, erklärte dieser Herr: "Sie, Herr Beder sind mir gänzlich fremd und mit fremden Vätern verhandele ich nicht! Auch unsere Arbeiter sind entlassen und somit als fremde Leute zu betrachten." Daraufhin im nächsten Abend, und damit es nicht zum Vorhanden kommen sollte, verließ Kollege Beder mit dem Chef, der Fabrik, Herrn Stahlberg, selber zu verhandeln. Beim Bureauvorsteher angelangt, erklärte dieser: "Herr Stahlberg, Sie sind nicht zu sprechen, jedoch wird aus dieser nichts weiter sagen als sein Vertreter." Alle Versuche, von anderen Organen des Unternehmens geschickt und Arbeiter besandene sich auf dem Straßenpflaster. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, ging daraus hervor, daß man den Arbeitern vorzuziehen versuchte, Kollege Beder solle ihm den Leiter, erklärt haben, an Unterstützung von seiten der Organisation sei nicht zu denken. Dann wurde das Verhalten der Polizei kritisiert. In der Diskussion stellte der Kollege Schneider die Behauptung auf, durch Verschulden des Kollegen Beder sei der Streik verloren gegangen. Wieselhütter, Buchholz und Beder sind anderer Ansicht. Der Streik sei verloren gegangen wegen des unvorsichtigen Verhaltens von 19 Kollegen, deren Ausschluß auch beantragt wurde. (Und wir sind noch anderer Ansicht) und zwar der, daß der Streik gar nicht gewonnen werden konnte! Dazu waren die Organisationsverhältnisse zu mangelhaft, vor Jahreszeit und Beschäftigung; ganz abgesehen. Von über 60 Streikenden waren nur 10 über 6 Monate organisiert, alle übrigen noch viel kürzere Zeit. Viele sind erst eingetreten, als der Streik beschlossen wurde. Wer unter solchen Umständen eine Arbeitsbeschäftigung mit Inkenntnis, daß nichts anderes erwarteten als eine Niederlage! D. M. J. Nach der Wahl des Parteidelegierten und einem aufmunternden Schlusswort des Kollegen Beder wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. In unserer am 14. Januar, tagenden Hauptversammlung wurde die Arbeitsbeschäftigung auf der Fabrik besprochen. Schon in den vergangenen Jahren habe man versucht, organisiert Arbeiter zu entlassen. Inzwischen ist es gelungen, in anderen Fällen war es dem stammligen. Besondere Vorteile, der Kollegen möglich, zu haben, daß die Entlassung zur Unterstützung kam. Nach Weihnachten glaubte man, den Zeitpunkt für gekommen, organisiert Arbeiter los zu werden. Ein Tag vor Weihnachten erhielt die Zahlstelle, dass die Entlassung mit der Bemerkung, sie würden per Karte eingeladen, wenn sie gebraucht werden. Vor Weihnachten war nach an vier Sonntagen gearbeitet worden. Eine Betriebsversammlung beschloß, die Arbeit nicht aufzunehmen, wenn nicht die in Arbeit treten; die in dem Betriebe beschäftigt waren. Als am 2. Januar der Kollege Beder vorstellte, wurde mit dem Leiter der Fabrik zu verhandeln, erklärte dieser Herr: "Sie, Herr Beder sind mir gänzlich fremd und mit fremden Vätern verhandele ich nicht! Auch unsere Arbeiter sind entlassen und somit als fremde Leute zu betrachten." Daraufhin im nächsten Abend, und damit es nicht zum Vorhanden kommen sollte, verließ Kollege Beder mit dem Chef, der Fabrik, Herrn Stahlberg, selber zu verhandeln. Beim Bureauvorsteher angelangt, erklärte dieser: "Herr Stahlberg, Sie sind nicht zu sprechen, jedoch wird aus dieser nichts weiter sagen als sein Vertreter." Alle Versuche, von anderen Organen des Unternehmens geschickt und Arbeiter besandene sich auf dem Straßenpflaster. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, ging daraus hervor, daß man den Arbeitern vorzuziehen versuchte, Kollege Beder solle ihm den Leiter, erklärt haben, an Unterstützung von seiten der Organisation sei nicht zu denken. Dann wurde das Verhalten der Polizei kritisiert. In der Diskussion stellte der Kollege Schneider die Behauptung auf, durch Verschulden des Kollegen Beder sei der Streik verloren gegangen. Wieselhütter, Buchholz und Beder sind anderer Ansicht. Der Streik sei verloren gegangen wegen des unvorsichtigen Verhaltens von 19 Kollegen, deren Ausschluß auch beantragt wurde. (Und wir sind noch anderer Ansicht) und zwar der, daß der Streik gar nicht gewonnen werden konnte! Dazu waren die Organisationsverhältnisse zu mangelhaft, vor Jahreszeit und Beschäftigung; ganz abgesehen. Von über 60 Streikenden waren nur 10 über 6 Monate organisiert, alle übrigen noch viel kürzere Zeit. Viele sind erst eingetreten, als der Streik beschlossen wurde. Wer unter solchen Umständen eine Arbeitsbeschäftigung mit Inkenntnis, daß nichts anderes erwarteten als eine Niederlage! D. M. J. Nach der Wahl des Parteidelegierten und einem aufmunternden Schlusswort des Kollegen Beder wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. In unserer am 14. Januar, tagenden Hauptversammlung wurde die Arbeitsbeschäftigung auf der Fabrik besprochen. Schon in den vergangenen Jahren habe man versucht, organisiert Arbeiter zu entlassen. Inzwischen ist es gelungen, in anderen Fällen war es dem stammligen. Besondere Vorteile, der Kollegen möglich, zu haben, daß die Entlassung zur Unterstützung kam. Nach Weihnachten glaubte man, den Zeitpunkt für gekommen, organisiert Arbeiter los zu werden. Ein Tag vor Weihnachten erhielt die Zahlstelle, dass die Entlassung mit der Bemerkung, sie würden per Karte eingeladen, wenn sie gebraucht werden. Vor Weihnachten war nach an vier Sonntagen gearbeitet worden. Eine Betriebsversammlung beschloß, die Arbeit nicht aufzunehmen, wenn nicht die in Arbeit treten; die in dem Betriebe beschäftigt waren. Als am 2. Januar der Kollege Beder vorstellte, wurde mit dem Leiter der Fabrik zu verhandeln, erklärte dieser Herr: "Sie, Herr Beder sind mir gänzlich fremd und mit fremden Vätern verhandele ich nicht! Auch unsere Arbeiter sind entlassen und somit als fremde Leute zu betrachten." Daraufhin im nächsten Abend, und damit es nicht zum Vorhanden kommen sollte, verließ Kollege Beder mit dem Chef, der Fabrik, Herrn Stahlberg, selber zu verhandeln. Beim Bureauvorsteher angelangt, erklärte dieser: "Herr Stahlberg, Sie sind nicht zu sprechen, jedoch wird aus dieser nichts weiter sagen als sein Vertreter." Alle Versuche, von anderen Organen des Unternehmens geschickt und Arbeiter besandene sich auf dem Straßenpflaster. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, ging daraus hervor, daß man den Arbeitern vorzuziehen versuchte, Kollege Beder solle ihm den Leiter, erklärt haben, an Unterstützung von seiten der Organisation sei nicht zu denken. Dann wurde das Verhalten der Polizei kritisiert. In der Diskussion stellte der Kollege Schneider die Behauptung auf, durch Verschulden des Kollegen Beder sei der Streik verloren gegangen. Wieselhütter, Buchholz und Beder sind anderer Ansicht. Der Streik sei verloren gegangen wegen des unvorsichtigen Verhaltens von 19 Kollegen, deren Ausschluß auch beantragt wurde. (Und wir sind noch anderer Ansicht) und zwar der, daß der Streik gar nicht gewonnen werden konnte! Dazu waren die Organisationsverhältnisse zu mangelhaft, vor Jahreszeit und Beschäftigung; ganz abgesehen. Von über 60 Streikenden waren nur 10 über 6 Monate organisiert, alle übrigen noch viel kürzere Zeit. Viele sind erst eingetreten, als der Streik beschlossen wurde. Wer unter solchen Umständen eine Arbeitsbeschäftigung mit Inkenntnis, daß nichts anderes erwarteten als eine Niederlage! D. M. J. Nach der Wahl des Parteidelegierten und einem aufmunternden Schlusswort des Kollegen Beder wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. In unserer am 14. Januar, tagenden Hauptversammlung wurde die Arbeitsbeschäftigung auf der Fabrik besprochen. Schon in den vergangenen Jahren habe man versucht, organisiert Arbeiter zu entlassen. Inzwischen ist es gelungen, in anderen Fällen war es dem stammligen. Besondere Vorteile, der Kollegen möglich, zu haben, daß die Entlassung zur Unterstützung kam. Nach Weihnachten glaubte man, den Zeitpunkt für gekommen, organisiert Arbeiter los zu werden. Ein Tag vor Weihnachten erhielt die Zahlstelle, dass die Entlassung mit der Bemerkung, sie würden per Karte eingeladen, wenn sie gebraucht werden. Vor Weihnachten war nach an vier Sonntagen gearbeitet worden. Eine Betriebsversammlung beschloß, die Arbeit nicht aufzunehmen, wenn nicht die in Arbeit treten; die in dem Betriebe beschäftigt waren. Als am 2. Januar der Kollege Beder vorstellte, wurde mit dem Leiter der Fabrik zu verhandeln, erklärte dieser Herr: "Sie, Herr Beder sind mir gänzlich fremd und mit fremden Vätern verhandele ich nicht! Auch unsere Arbeiter sind entlassen und somit als fremde Leute zu betrachten." Daraufhin im nächsten Abend, und damit es nicht zum Vorhanden kommen sollte, verließ Kollege Beder mit dem Chef, der Fabrik, Herrn Stahlberg, selber zu verhandeln. Beim Bureauvorsteher angelangt, erklärte dieser: "Herr Stahlberg, Sie sind nicht zu sprechen, jedoch wird aus dieser nichts weiter sagen als sein Vertreter." Alle Versuche, von anderen Organen des Unternehmens geschickt und Arbeiter besandene sich auf dem Straßenpflaster. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, ging daraus hervor, daß man den Arbeitern vorzuziehen versuchte, Kollege Beder solle ihm den Leiter, erklärt haben, an Unterstützung von seiten der Organisation sei nicht zu denken. Dann wurde das Verhalten der Polizei kritisiert. In der Diskussion stellte der Kollege Schneider die Behauptung auf, durch Verschulden des Kollegen Beder sei der Streik verloren gegangen. Wieselhütter, Buchholz und Beder sind anderer Ansicht. Der Streik sei verloren gegangen wegen des unvorsichtigen Verhaltens von 19 Kollegen, deren Ausschluß auch beantragt wurde. (Und wir sind noch anderer Ansicht) und zwar der, daß der Streik gar nicht gewonnen werden konnte! Dazu waren die Organisationsverhältnisse zu mangelhaft, vor Jahreszeit und Beschäftigung; ganz abgesehen. Von über 60 Streikenden waren nur 10 über 6 Monate organisiert, alle übrigen noch viel kürzere Zeit. Viele sind erst eingetreten, als der Streik beschlossen wurde. Wer unter solchen Umständen eine Arbeitsbeschäftigung mit Inkenntnis, daß nichts anderes erwarteten als eine Niederlage! D. M. J. Nach der Wahl des Parteidelegierten und einem aufmunternden Schlusswort des Kollegen Beder wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. In unserer am 14. Januar, tagenden Hauptversammlung wurde die Arbeitsbeschäftigung auf der Fabrik besprochen. Schon in den vergangenen Jahren habe man versucht, organisiert Arbeiter zu entlassen. Inzwischen ist es gelungen, in anderen Fällen war es dem stammligen. Besondere Vorteile, der Kollegen möglich, zu haben, daß die Entlassung zur Unterstützung kam. Nach Weihnachten glaubte man, den Zeitpunkt für gekommen, organisiert Arbeiter los zu werden. Ein Tag vor Weihnachten erhielt die Zahlstelle, dass die Entlassung mit der Bemerkung, sie würden per Karte eingeladen, wenn sie gebraucht werden. Vor Weihnachten war nach an vier Sonntagen gearbeitet worden. Eine Betriebsversammlung beschloß, die Arbeit nicht aufzunehmen, wenn nicht die in Arbeit treten; die in dem Betriebe beschäftigt waren. Als am 2. Januar der Kollege Beder vorstellte, wurde mit dem Leiter der Fabrik zu verhandeln, erklärte dieser Herr: "Sie, Herr Beder sind mir gänzlich fremd und mit fremden Vätern verhandele ich nicht! Auch unsere Arbeiter sind entlassen und somit als fremde Leute zu betrachten." Daraufhin im nächsten Abend, und damit es nicht zum Vorhanden kommen sollte, verließ Kollege Beder mit dem Chef, der Fabrik, Herrn Stahlberg, selber zu verhandeln. Beim Bureauvorsteher angelangt, erklärte dieser: "Herr Stahlberg, Sie sind nicht zu sprechen, jedoch wird aus dieser nichts weiter sagen als sein Vertreter." Alle Versuche, von anderen Organen des Unternehmens geschickt und Arbeiter besandene sich auf dem Straßenpflaster. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, ging daraus hervor, daß man den Arbeitern vorzuziehen versuchte, Kollege Beder solle ihm den Leiter, erklärt haben, an Unterstützung von seiten der Organisation sei nicht zu denken. Dann wurde das Verhalten der Polizei kritisiert. In der Diskussion stellte der Kollege Schneider die Behauptung auf, durch Verschulden des Kollegen Beder sei der Streik verloren gegangen. Wieselhütter, Buchholz und Beder sind anderer Ansicht. Der Streik sei verloren gegangen wegen des unvorsichtigen Verhaltens von 19 Kollegen, deren Ausschluß auch beantragt wurde. (Und wir sind noch anderer Ansicht) und zwar der, daß der Streik gar nicht gewonnen werden konnte! Dazu waren die Organisationsverhältnisse zu mangelhaft, vor Jahreszeit und Beschäftigung; ganz abgesehen. Von über 60 Streikenden waren nur 10 über 6 Monate organisiert, alle übrigen noch viel kürzere Zeit. Viele sind erst eingetreten, als der Streik beschlossen wurde. Wer unter solchen Umständen eine Arbeitsbeschäftigung mit Inkenntnis, daß nichts anderes erwarteten als eine Niederlage! D. M. J. Nach der Wahl des Parteidelegierten und einem aufmunternden Schlusswort des Kollegen Beder wurde die Versammlung geschlossen.